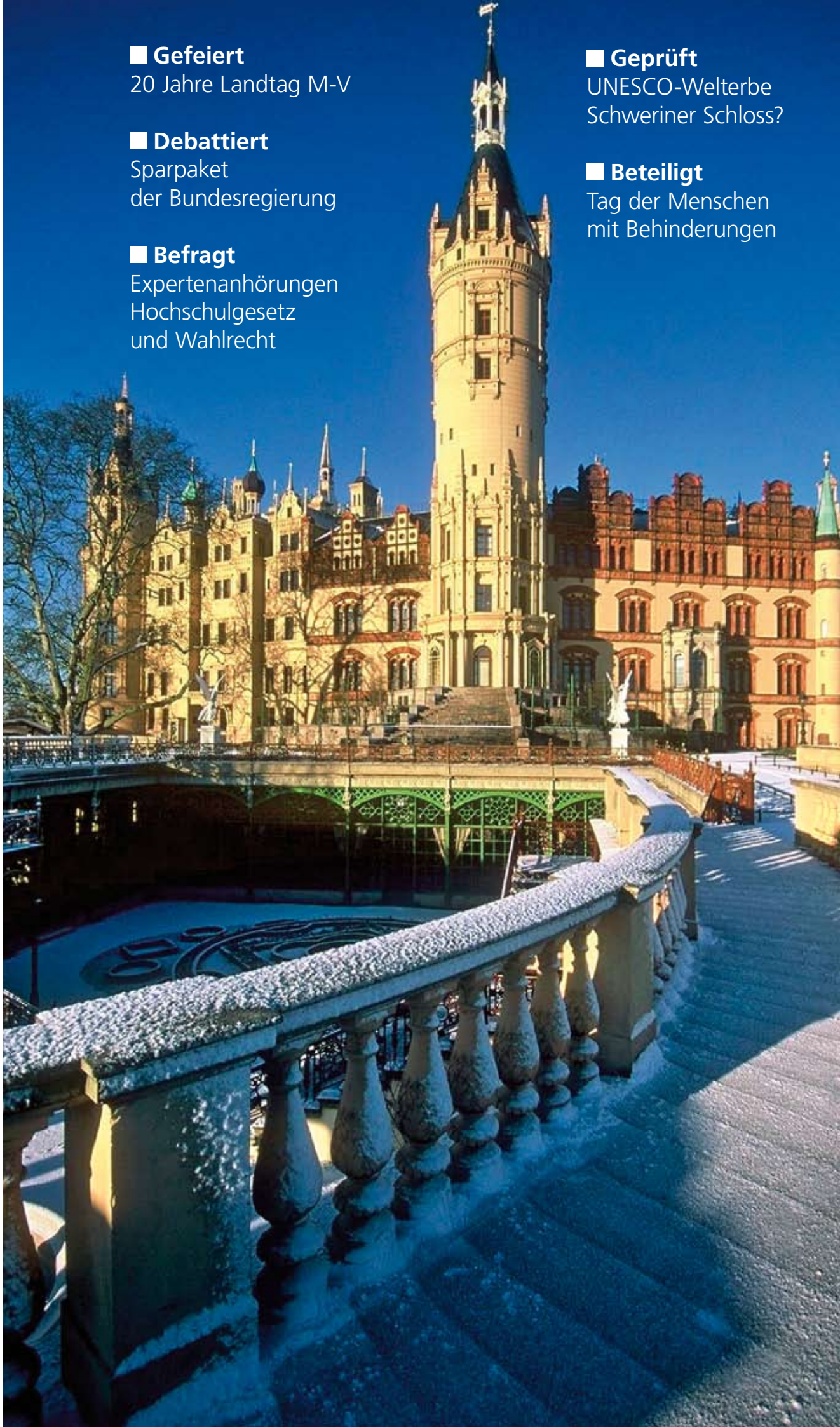


LandtagsNachrichten

Mecklenburg-Vorpommern

- **Gefeiert**
20 Jahre Landtag M-V
- **Debattiert**
Sparpaket
der Bundesregierung
- **Befragt**
Expertenanhörungen
Hochschulgesetz
und Wahlrecht

- **Geprüft**
UNESCO-Welterbe
Schweriner Schloss?
- **Beteiligt**
Tag der Menschen
mit Behinderungen



17. November
8 / 2010

Seiten 3 – 5

Spezial

20 Jahre Landtag
Mecklenburg-Vorpommern –
Festakt im Schweriner Schloss

Seiten 6 – 7

Aus dem Plenum

Aktuelle Stunde:
Bildung und Teilhabe
für alle Kinder in M-V

Seiten 8 – 11

Weitere Themen:

ÖPNV-Gesetz
Landestourismuskonzept
Untertage-Raumordnung
Weitere Beschlüsse

Seiten 12 – 17

Auszüge aus der Debatte:

Sparpaket
der Bundesregierung

Seiten 18 – 19

Aus den Ausschüssen**Innenausschuss**

Öffentliche Anhörung zur
Änderung Wahlrecht

Bildungsausschuss

Öffentliche Anhörung
Hochschulgesetz

Europa- und Rechtsausschuss

EU-Ausschuss der Regionen

Seite 20 – 21

Panorama

Tag der Menschen
mit Behinderungen
Jugend im Landtag
WIR-Unterstützertreffen
Restaurierung Schlosskirche

Seite 22 – 23

Schlossgeschichten

Welterbe-Kolloquium

Seite 24

Chronik

Titelfoto (Jörn Lehmann)
Schweriner Schloss mit Orangerie

Impressum

Herausgeber:

Landtag Mecklenburg-Vorpommern

- Öffentlichkeitsarbeit -

Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin

Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151

E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de

Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion: Referat Öffentlichkeitsarbeit,
Claudia Richter

Layout: Uwe Sinnecker, www.uwe-sinnecker.de

Druck: produktionsbüro TINUS

Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen
haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen
manchmal nur die männliche Form verwendet.
In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben
nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers
wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich
geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher
Genehmigung des Herausgebers.

Die LandtagsNachrichten können kostenlos
bezogen werden. Bestellungen sind an den
Herausgeber zu richten.

Ein Prunkstück für Petermännchen?

■ Neulich, als ich mit meinem alten Freund Petermännchen wieder mal bei einem kräftigen „Petermännchen“ zusammensaß, da kamen wir auch auf die Vergangenheit und Zukunft seiner Eigentumswohnung zu sprechen – kaum jemand anderer dürfte eine solch noble Adresse haben wie er: Im Schloss 1. Dazu so viele Räumlichkeiten, darunter einige trotz intensivster Forschungen bislang unentdeckte Kellergewölbe. In die zieht sich mein kleiner Freund mitunter zurück, um ungestört nachdenken zu können oder um einen Rausch auszuschlafen. Den letzten Rausch erlebte er, als er sich kürzlich einen Tag lang das Für und Wider zu der Idee angehört hatte, seine Eigentumswohnung zum Weltkulturerbe zu erklären. „Das ist eine ganz famose Idee“, sagte der nach all den Jahrhunderten immer noch sehr frisch wirkende Schlossgeist, „und ich habe mich über diese famose Idee so sehr gefreut, dass ich mir einen genehmigen musste“, erklärte mein Freund. „Oder vielleicht auch zwei oder drei“, fügte er verschmitzt hinzu. Am meisten gefreut habe ihn, als der Professor, der das Gutachten geschrieben hatte und dazu auch ein bisschen in Europa herumgekommen war, von seinem Schloss als einem Meisterwerk gesprochen hatte: Es sei, wiederholte mein Freund gewichtig, ein von mehreren herausragenden Architekten entworfenes Meisterwerk der historischen Baukunst. Besonders angehtan zeigte er sich von dem Begriff des „romantischen Historismus“. Das Schweriner Schlossensemble zähle, so hieß es, zu den herausragenden Beispielen des „romantischen Historismus“. Dazu muss man wissen, dass Petermännchen vielleicht nicht unbedingt sehr viel von Historismus versteht, eher vielleicht von Geschichte, aber er hat doch ein romantisches Herz. Und natürlich hat er ein Herz für Schwerin und sein Schloss.

„Kannst Du Dir eigentlich Schwerin ohne Schloss vorstellen?“, fragte mich Petermännchen unvermittelt. „Ich auch nicht“, setzte er nach, ohne dass ich überhaupt etwas sagen konnte. „Schon seit Jahrhunderten wohne ich mitten im Zentrum der



Foto: Monika Schröder

Der Autor ist freier Journalist, Kommunikationstrainer und Rhetoriklehrer sowie Mitglied des Vorstandes der Landespressekonferenz MV. Er hat in seinem Reporterleben schon viele Leute interviewt, Schlossgeister aber eher selten.

Macht – ohne Probleme. Auch mit der Demokratie komme ich eigentlich ganz gut klar“, stellte er etwas nachdenklich fest. „Die Demokraten sind doch recht freundlich und geben sich mit meiner Wohnung auch viel Mühe.“ Allerdings sei es ihm heute viel zu nüchtern. Obwohl er nicht alle Fürsten leiden konnte, habe ihm der frühere Prunk besser gefallen. Nicht sattsehen können habe er sich an all dem Glänzen und Glitzern. Und erst die Hofbälle, schwärmte Petermännchen und schwelgte in seligen Erinnerungen an die gute alte Zeit, als er sogar einmal den preußischen König genarrt hatte. Sacht holte ich ihn in die Gegenwart zurück und fragte ihn, was ihn denn heute störe. Schmerzhaft verzog mein Freund das Gesicht: „Der Baulärm.“ Manchmal denke er, wohnt denn nun der Landtag im Schloss oder umgekehrt? Einige kluge Leute hätten sogar von einer Übernutzung des Architekturdenkmals durch das Parlament gewarnt. Angeblich stehe der Landtag selber dem Weltkulturerbe im Wege. Petermännchen wurde wieder ganz ernst: „Aber das ist doch Quatsch, oder? Wer hatte denn überhaupt die Idee, einen solchen Antrag an die Weltkulturregierung zu stellen? Und was heißt Übernutzung!“ Erst über Nutzung mache man das Erbe nützlich, erklärte mein kleiner Freund ganz staatsmännisch. Zukunft brauche auch Vergangenheit. Oft helfe ein Titel mit Klang, damit die Leute wüssten, mit wem sie es zu tun hätten. „Vielleicht werde ich sogar der erste Weltkulturerbebeauftragte des Schweriner Schlosses?“, hörte ich ihn noch sagen, ehe er plötzlich wieder verschwand – vermutlich in eines seiner bislang unentdeckten Kellergewölbe, um sich schon ein bisschen auf sein künftiges Amt zu freuen. Schließlich wollen große Dinge gut durchdacht und vorbereitet sein. Und vielleicht fällt dabei sogar ein Prunkstück für Petermännchen ab?

Jürgen Seidel

Landtag feiert 20-jähriges Bestehen

Festakt würdigt Aufbau der parlamentarischen Demokratie



Concertino der Hochschule für Musik und Theater Rostock

■ Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern hat am 26. Oktober mit einem Festakt im Schweriner Schloss sein 20-jähriges Bestehen gefeiert. In ihren Grußworten würdigten Parlamentspräsidentin Sylvia Bretschneider, Ministerpräsident Erwin Sellering und Landesverfassungsgerichtspräsidentin Hannelore Kohl die enormen Leistungen insbesondere in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung und bekräftigten den unschätzbaren Wert der parlamentarischen Demokratie. Die Festrede hielt Rainer Prachtl, Landtagspräsident von 1990 bis 1998.

„Auf den Tag genau vor zwanzig Jahren ist der erste frei gewählte Landtag zu seiner ersten Sitzung zusammengekommen. Knapp zwei Wochen vorher, am 14. Oktober, war dieser erste Landtag gewählt worden“, erinnerte Landtagspräsidentin **Sylvia Bretschneider** zur Begrüßung. „Ich denke, zwanzig Jahre Landtag – das ist ein guter Moment, um sich seiner Grundlagen zu vergewissern.“ Die seien in der Landesverfassung geregelt. „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“, zitierte sie aus Artikel 3 des Grundsatzdokuments. Dies sei Privileg und Verpflichtung zugleich. Die Arbeit der Abgeordneten lasse sich auch in Zahlen fassen. „Zwanzig Jahre Landtag – das sind 474 Plenarsitzungen, über 5100 Ausschusssitzungen, rund 600 Gesetze, über 1300 Beschlussempfehlungen und Berichte, über 6200 Kleine und Große Anfragen mit entsprechenden Antworten durch die Landesregierung, das sind insgesamt über 18300 Drucksachen“, zählte sie auf. „Jede dieser Einzelpositionen, jede dieser Drucksachen und Sitzungen steht für etwas Konkretes, für ein Problem, für

einen Lebenssachverhalt, für ein Handlungs- oder Regelungsbedürfnis, für die Idee einer besseren Zukunft.“

Auf dem Weg dorthin ist ihren Worten nach vieles erreicht worden – auch internationale Anerkennung. „Wir sind wer im Ostseeraum“, betonte sie. Im Land würden sich viele Menschen dafür einsetzen, parlamentarische Demokratie erlebbar zu machen. „Andererseits müssen wir uns eingestehen, dass sich auch Menschen von Politik und Politikern abgewandt haben. Auch das gehört zur Zustandsbeschreibung unserer Demokratie“, sagte sie. „Wir Politiker müssen uns zu allererst fragen, woran das liegt. Reden wir wirklich so, dass die Menschen uns verstehen, sprechen wir sie mit dem, was wir sagen, überhaupt an?“ Sie appellierte an ihre Politikerkollegen, sich offen zu Fehlern zu bekennen und Vertrauen zu schaffen. Das stärke ihrer Auffassung nach die Demokratie. Die Bewerbung des Schlosses um Aufnahme in die Welterbestliste der UNESCO habe in diesem Zusammenhang auch symbolischen Wert. Es sei der beste Weg, „dieses Schloss als Sitz



Fotos: Uwe Balewski

Rainer Prachtl aus Neubrandenburg war von 1990 bis 1998 Präsident des Landtages M-V.

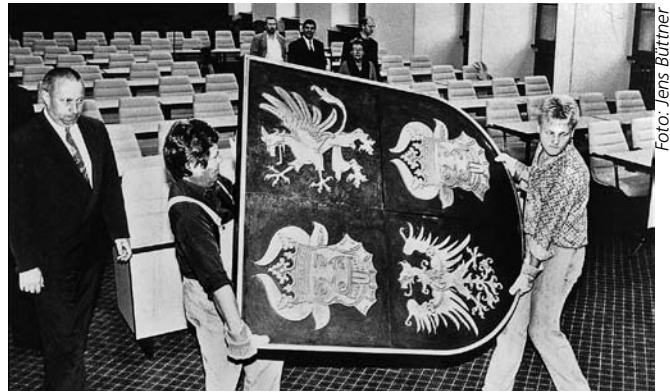
des Landtages zukunftsfähig zu machen und damit das Ererbe zu bewahren“, unterstrich die Landtagspräsidentin.

Ministerpräsident **Erwin Sellering** sagte in seinem Grußwort: „Landtag und Landesregierung haben gemeinsam die Weichen für eine gute Entwicklung unseres Landes gestellt.“ Das Bundesland sei deutlich vorangekommen, die Menschen sähen die Fortschritte. Dennoch seien in den kommenden Jahren wichtige Aufgaben zu erfüllen, betonte der Regierungschef. Er nannte den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, die Gestaltung des demografischen Wandels und wies auf das Auslaufen von Solidarpakt und EU-Höchstförderung hin.

Die Präsidentin des Landesverfassungsgerichts, **Hannelore Kohl**, würdigte die Arbeit der Verfassungs-Kommission aus den Anfangsjahren. „Die neu geschaffenen Strukturen und rechtlichen Regelungen haben ganz überwiegend den Praxistest bestanden“, betonte sie. Beim Aufbau der parlamentarischen Demokratie wäre eine „bloße Kopie von Vorgaben aus dem Westen“ wenig sinnvoll gewesen. „Der Umstand, dass dem ersten Landtag praktisch keine Juristen angehörten, muss dabei nicht von Nachteil gewesen sein“, sagte sie. Es sei eine Vielzahl von Berufen vertreten gewesen. „Es gab einen Diplom-Juristen, während die zahlenmäßig größte Gruppe wohl der



Präsidententrio: v.l. Hinrich Kuessner (1998 – 2002), Sylvia Bretschneider (seit 2002) und Rainer Prachtl (1990 – 1998)



1. September 1992: Das Landeswappen wird im Plenarsaal aufgehängt.

Agrarbereich stellte.“ Ihrer Meinung nach hat das durchaus dazu geführt, zunächst die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit mancher Regelung und mancher Strukturvorgabe kritisch zu hinterfragen.

Die 20 Jahre hätten das Land erwachsen werden lassen, sagte der erste Landtagspräsident, **Rainer Prachtl**, der die Festrede hielt. Die Bürger hätten Enormes geleistet. Sie seien es gewesen, die im Herbst 1989 die Fesseln der Diktatur abwarfen. Was die SED-Herrschaft Diktatur des Proletariats nannte, sei die Diktatur des Politbüros gewesen, sagte Prachtl. Am 26. Oktober 1990 seien die damals 66 Abgeordneten erstmals zusammen-

gekommen. „Wir waren größtenteils eine Schar von Laienspielern – und ich zähle mich dazu“, unterstrich der 60-Jährige, der das Präsidentenamt bis 1998 innehatte. „Aber wir waren voller Elan.“ Zu den wichtigsten Errungenschaften zählte er die moderne Landesverfassung. So regeln sie Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide. Durch eine Verfassungsänderung sei ein klares Bekenntnis gegen Extremismus und Gewalt in die Verfassung aufgenommen worden.

Es habe jedoch auch Fehlentscheidungen des Parlamentes gegeben, räumte Prachtl ein. So stelle er heute die hohe Förderung mancher Unternehmen mit Steuermitteln in Frage, die Aufstockung des Parlaments

auf 71 Abgeordnete oder die parallele Existenz des Bürgerbeauftragten und des Petitionsausschusses.

Mit Blick auf die NPD, die seit 2006 im Landtag sitzt, warnte Prachtl davor, Protestwähler nicht ernst zu nehmen. Dies würde den Extremisten, aber nicht den Demokraten nützen. Es müsse jede Anstrengung unternommen werden, die Menschen im Land für die Demokratie zu gewinnen. Er sei sicher, dass dies gelingt. „Lassen wir uns den Glauben an unsere Zukunft nicht nehmen. Der Glaube versetzt Berge, wie wir wissen“, sagte er. „Wir haben zwar keine Alpen wie die Bayern, aber immer noch den besseren Horizont in Mecklenburg-Vorpommern.“

Entspricht Mecklenburg-Vorpommern 2010 Ihren Erwartungen von 1990?

■ **Fünf Abgeordnete des aktuellen Landtages wurden bei den ersten freien Landtagswahlen am 14. Oktober 1990 erstmals ins Landesparlament gewählt und gehören ihm bis heute ununterbrochen an:**



Dr. Harald Ringstorff



Lorenz Caffier



Dr. Gottfried Timm



Andreas Bluhm



Dr. Till Backhaus

Sie haben die turbulente, von zahlreichen Grundsatzentscheidungen geprägte Aufbruchzeit miterlebt und in den vergangenen 20 Jahren die Entwicklung in unserem Land in entscheidenden Positionen mitbestimmt. Alle fünf haben wir nach ihrer Sicht auf 20 Jahre Mecklenburg-Vorpommern befragt.

■ Dr. Harald Ringstorff, SPD:

Wir haben in den letzten 20 Jahren sehr viel erreicht. Darauf können wir stolz sein. Die Straßen wurden erneuert oder neu gebaut, die Innenstädte vor dem Verfall gerettet. Die Hansestädte Wismar und Stralsund gehören zum Weltkulturerbe, die Bäderarchitektur erstrahlt im neuen Glanz. Die Situation von alten Menschen in Alten- und Pflegeheimen hat sich entscheidend verbessert. Ebenso die allgemeine Wohnsituation. Keiner braucht mehr Kohle und Asche zu schleppen oder hat keine Inntoilette. Die Gesundheitswirtschaft und der Tourismus schreiben Erfolgsgeschichte.

Aber etwa 50 Prozent verloren ihren Arbeitsplatz, begünstigt durch die Politik der Treuhand, die praktisch zur Deindustrialisierung Ostdeutschlands führte. Das war für viele DDR-Bürger eine schmerzliche Erfahrung. Die Starken fanden schnell einen neuen Anfang, andere fanden ihn nicht – bis heute. Sie schätzen daher die neue Freiheit wenig, wollen lieber mehr Gleichheit und Sicherheit.

Mehr attraktive Arbeitsplätze zu schaffen bleibt deshalb Hauptaufgabe der Politik. Nach „25 Jahre Landtag“ sollte es keine zweistellige Arbeitslosenquote mehr geben.

■ Lorenz Caffier, CDU:

Auf dem Lande wie in den Städten hat sich in den letzten 20 Jahren Gewaltiges getan, das kann keiner negieren. Die Ostdeutschen können stolz sein – nicht nur auf die friedliche Revolution, sondern auch darauf, wie sie den Umbruch danach gemeistert haben. Im Großen und Ganzen ist die Wiedervereinigung gelungen. Es sind gleichwertige Lebensverhältnisse in vielen Bereichen geschaffen worden, ich erinnere nur an die sanierten Innenstädte und die moderne Verkehrsinfrastruktur. Natürlich wurden auch Fehler gemacht, schließlich gab es kein Patentrezept. Es mussten in kurzer Zeit gleichsam aus dem Nichts demokratische Verwaltungsstrukturen aufgebaut werden. Schmerzlich waren die Folgen der wirtschaftlichen Umstellung, auch in der Landwirtschaft. Aber die Menschen wissen heute die Demokratie als hohes Gut zu schätzen, und auf Reise- und Meinungsfreiheit will keiner mehr verzichten. Ich wünsche mir für die Arbeit im Landtag, dass wir die Herausforderungen der heutigen Zeit mit ähnlicher Tatkraft, Enthusiasmus und einem starken Willen zur Veränderung annehmen.

■ Dr. Gottfried Timm, SPD:

Auf die Straße gegangen sind wir 1989 für Demokratie und freie Wahlen, für Presse- und Versammlungsfreiheit, gegen den Überwachungsstaat und für die Deutsche Einheit, gegen die belastende Umweltverschmutzung und für eine neue Wirtschaftsordnung. Diese und die weiteren Ziele sind erreicht, wenngleich vielfach in ganz anderer Weise, als wir es uns damals erträumt haben. Die extrem hohe Arbeitslosigkeit nach 1990, die in jeder Familie ihre Spuren hinterlassen hat; die Deutungsmacht des Westens über unser Leben im Osten und die Diktatur des Geldes in den Alltagsbeziehungen waren und sind für mich nur sehr schwer zu akzeptieren.

Dennoch können wir heute glücklich sein, dass wir die vergangenen 20 Jahre genutzt haben, unser Land so zu gestalten,

wie es geworden ist. Davon zeugen die Gesichter unserer Städte und Gemeinden, unsere Naturlandschaft und vor allem die vielen Gäste, die gerne zu uns kommen.

Es bleiben Aufgaben, und diese bestehen darin, weiter an der sozialen Gesellschaft zu bauen und die Verantwortung vor allem in der Wirtschaftsweise für die kommenden Generationen zu übernehmen.

■ Andreas Bluhm, DIE LINKE:

Ja, in vielem. Demokratie, die Reise- und Meinungsfreiheit sind hohe Güter. Nicht mehr missen möchte ich auch das Erreichte im Umwelt- und Naturschutz. Oder die wiedererstandene Schönheit der Städte und Dörfer. Schon zu DDR-Zeiten hatte ich mir gewünscht, dass mehr für die Erhaltung der Altbau-substanz getan wird und das Wohnungsproblem tatsächlich gelöst worden wäre.

Die sozialen Verwerfungen, die wir heute haben, habe ich mir allerdings zu Beginn meiner politischen Arbeit nicht vorstellen können. Es war klar, dass es zu Veränderungen kommen wird, aber die große Kluft zwischen arm und reich, die ja immer größer wird, war so nicht absehbar. Die Umverteilung von unten nach oben ist in den vergangenen zwanzig Jahren rasant vorangeschritten. Der Transformationsprozess der Gesellschaft erwies sich als problematischer als gedacht. Dabei hätte man auch gute Erfahrungen aus der DDR nutzen können. Ich denke da an das Bildungssystem – ohne den ideologischen Ballast, Berufsausbildung mit Abitur oder an das System der Polikliniken und Gemeindschwestern. Das wurde alles geopfert – und wird jetzt wieder mühsam aufgebaut.

■ Dr. Till Backhaus, SPD:

Ja und Nein. Vieles, was für uns heute selbstverständlich ist, war 1990 noch undenkbar. Zunächst galt es die demokratischen Grundrechte durchzusetzen. Das Versprechen der „blühenden Landschaften“ des damaligen Kanzlers hat bei vielen den Traum vom schnellen materiellen Wohlstand genährt, was auch zu Enttäuschungen geführt hat. Der Umstrukturierungsprozess brachte leider auch Arbeitsplatzverlust und Existenzangst.

Im Grunde hat die tatsächliche Entwicklung meine Erwartungen übertroffen. Mecklenburg-Vorpommern ist heute modern und weltoffen. Das Erscheinungsbild der Dörfer und Städte hat mit der grauen Tristesse der Vergangenheit nichts mehr gemein. Wir sind das beliebteste Reiseziel der Deutschen. Reine Luft, sauberes Wasser, eine artenreiche Natur sind Merkmale, die unser Land ausmachen. Wir haben eine hochproduktive Land- und Ernährungswirtschaft und sind auf diesem Gebiet mit an der Spitze in Deutschland. Doch es gibt immer noch zu viele Menschen im Land, die einen Arbeitsplatz suchen und weggehen. Hier gibt es für Politik und Wirtschaft noch viel zu tun.

Was mich aber besonders freut, ist der Stolz auf das Erreichte und die Identifikation der Menschen mit ihrem Land. Die meisten fühlen sich als Gewinner der Einheit. Das ist eine große Leistung!

Kontroverse um Bildungsausgaben und Hartz IV

Aktuelle Stunde mit emotional geführter Debatte zu sozialen Fragen

■ Die Fraktionen im Landtag Mecklenburg-Vorpommern sind sich einig, dass für Erziehung und Bildung der Kinder mehr getan werden muss. Doch sind sie unterschiedlicher Meinung, was die Lastenteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen betrifft. Das Thema der Aktuellen Stunde am 13. Oktober „Bildung und Teilhabe für alle Kinder in Mecklenburg-Vorpommern“ hatte die SPD beantragt.

Die Zahl der Kinder und Jugendlichen habe sich in den vergangenen zwanzig Jahren halbiert, sagte **Martina Tegtmeyer** (SPD). Das bedeute auch, dass jedes Kind eine Perspektive hier im Land haben muss. Der Nachwuchs solle von Anfang an die Förderung bekommen, die er braucht. „Alle Kinder sind uns wichtig“, betonte sie. Frühkindliche Bildung ist ihren Worten nach der Schlüssel für spätere Chancengleichheit. „Wir müssen das Ziel anpeilen, kein einziges Kind ohne Berufsreife aus dem Bildungssystem zu entlassen.“ Mit den Mitteln vom Bund werde man die angestrebte Chancengleichheit nie erreichen. Da seien Enttäuschungen vorprogrammiert. Das Land müsse andere Wege gehen, wie Lehrmittel möglichst kostenlos zur Verfügung zu stellen, die Schulen zu Begegnungsstätten auszubauen und dort ganztägig Spiel, Sport, und Bildung über den Unterricht hinaus anzubieten.

Nach Ansicht von Ministerpräsident **Erwin Sellering** laufen die vom Bund angekündigten Sozialreformen den Bemühungen des Landes um bessere Bedingungen für Kinder zuwider. Die angekündigte Neuordnung bei Hartz IV und die Kürzungen

beim Elterngeld sehe er mit großer Sorge. Er verwies darauf, dass die Landesregierung ihre Ausgaben für Betreuung und Bildung von Kindern seit 2003 von 77 Millionen auf 130 Millionen Euro jährlich erhöht habe. Jeder solle gleich gute Startchancen bekommen. „Das ist nicht nur eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, das ist eine Zukunftsfrage für das Land.“ Der Regierungschef machte jedoch deutlich, dass Kommunen und Länder auf mehr Unterstützung der Bundesregierung angewiesen seien. Das betreffe die Finanzausstattung bedürftiger Familien wie auch Investitionen in Kitas und Ganztagschulen.

Der Vorsitzende der Linksfraktion, **Helmut Holter**, warf der SPD mangelnden Mut für eine generelle Abkehr von Hartz IV vor. „Die SPD muss sich aber von Hartz IV klar verabschieden, um wirkliche Chancengleichheit zu ermöglichen“, sagte er. Bildungschips, wie sie jetzt für Kinder aus Hartz IV-Familien eingeführt werden sollen, können seiner Überzeugung nach die Angebote in Ganztagschulen nicht ersetzen. Über das Thema werde viel geredet, aber es werde nicht gehandelt. Zum Beispiel fehlten immer noch Mittel,

um die Schulen tatsächlich zu Zentren für Bildung und Freizeit auszubauen. Ebenso werde in der Jugendsozialarbeit gespart, kritisierte er. Das habe nichts mehr mit Teilhabe für Kinder zu tun. Dabei sei es nötig, in diese Bereichen zu investieren, denn die Armut im Land nehme zu.

CDU-Fraktionschef **Harry Glawe** verwies dagegen auf die Anstrengungen der Großen Koalition zur Verbesserung der Situation für Kinder. „Das Land hat wichtige Dinge vorangebracht, wir haben in der vorschulischen und in der schulischen Bildung Fortschritte erreicht“, sagte er. 9000 Familien seien bei den Kita-Beiträgen entlastet worden, für bedürftige Kinder gebe es kostenloses Mittagessen. Der Linken warf er vor, sich als Retter der Schwachen aufspielen zu wollen, aber keine Vorschläge zur Lösung der Probleme zu machen. Der Sozialstaat knüpfe auf Bundesebene für Hartz IV-Empfänger ein soziales Netz, das mit 50 Milliarden Euro finanziert wird. „Das ist das Siebenfache des Haushaltes von Mecklenburg-Vorpommern“, betonte er. „Und da können Sie doch nicht immer behaupten, dass die soziale Gerechtigkeit in Deutschland massiv gefährdet ist.“

Bildungsarmut ist nach Überzeugung von **Hans Kreher** (FDP) ein wichtiges Thema, das endlich bundesweit auf die Tagesordnung komme. Er wies auf Defizite in diesem Bereich in Mecklenburg-Vorpommern hin. So lege nur etwa jeder dritte Schüler das Abitur ab. Und fast 18 Prozent der Schulabgänger hätten noch nicht einmal ein Abgangszeugnis,



Martina Tegtmeyer (SPD)



Ministerpräsident Erwin Sellering



Helmut Holter (DIE LINKE)

Fotos: Uwe Balewski

sagte der Vizepräsident im Landtag. Dies zu ändern sei nicht nur eine Frage des Geldes. Er forderte den Landtag auf, eine Enquetekommission „Chancengleiche Bildung für alle Kinder in Mecklenburg-Vorpommern“ ins Leben zu rufen, in der Vorschläge für die Beseitigung der Bildungsarmut erarbeitet werden. Außerdem regte er an, ein Modellprojekt für den ländlichen Raum zu beantragen.

Stefan Köster von der NPD-Fraktion sieht in der Themenwahl der Aktuellen Stunde eine Selbstanklage der SPD. Schließlich sei die Partei seit 1994 an der Regierung und alles, was sie erreicht habe, sei ein Armutszeugnis für das Land. In der Bundesrepublik Deutschland leben seinen Worten nach mehr als 2,5 Millionen Kinder in Armut. In Mecklenburg-Vorpommern sei jedes dritte Kind von Armut betroffen. Und in der Landeshauptstadt Schwerin würden sogar 38 Prozent der bis zu 18-Jährigen unter der Armutsgrenze leben. „Das sind die Ergebnisse Ihrer absolut katastrophalen Politik“, sagte er. Außerdem gebe es einen Ärztemangel, und Kinderarztpraxen müssten schließen. Die Unterrichtsqualität sinke ebenfalls, zählte er auf.

André Specht (CDU) hält Bildung und Teilhabe von Kindern an der Gesellschaft für das wichtigste Ziel der Politik überhaupt. Die Landesregierung hat seinen Worten nach schon sehr viel getan auf diesem Feld. Er wies unter anderem auf das Schul- und das Kindertagesstätten-gesetz hin. Jährlich stelle das Land insgesamt über 22 Millionen Euro zusätzlich für diesen Bereich zur Verfügung. Geld, das aus der Staatskasse fließt, müsse aber auch bei den Kindern ankommen. Direkte Leistungen in Form von Gutscheinen hält er für eine gute Lösung.

Um in den Kitas die Qualität zu verbessern, müsse das Personal gut ausgebildet und der Betreuungsschlüssel weiter gesenkt werden. Dies sei im Zweifelsfall wichtiger, als einen kostenfreien Kindergartenbesuch zu garantieren.

FDP-Fraktionschef **Michael Roolf** forderte die Landesregierung auf, ihrer Verantwortung für eine gute Bildung gerecht zu werden, statt nach der Hilfe des Bundes zu rufen. Obwohl bereits viel Geld ins Bildungssystem fließe, seien die Ergebnisse mangelhaft. In keinem anderen Bundesland sei der Anteil der Jugendlichen ohne Schulabschluss höher und in keinem anderen Land der Anteil von Abiturienten geringer. „Oberste Aufgabe der Landesregierung ist es, allen Kindern einen erfolgreichen Schulabschluss und damit einen guten Start ins Berufsleben zu ermöglichen“, betonte er und forderte den Kultusminister auf, für eine Qualitätsverbesserung in der Bildung zu sorgen.

Jörg Heydorn (SPD) warf der Linksfraktion vor, gegen alle Vorschläge zu sein, aber selbst kein Konzept zu haben. „Wir sind die Einzigen bisher, die ein klares Konzept mit klaren Schwerpunkten vorgelegt haben.“ Das Gesetz zur Förderung von Kindertagesstätten sei der Anfang gewesen. Zudem sei die Verzahnung von Kita und Schule in Angriff genommen worden. „Wir sind dafür, dass ein neues Infrastrukturprogramm kommt, und wir sind dafür, dass es gesundes Essen kostenlos gibt und dass der Bund da seiner Pflicht nachkommt und sich hier bewegt.“ Außer Kritik an Hartz IV, an der Rente ab 67 und am Gesundheitswesen sei von der Oppositionsfraktion nichts gekommen. „Sie müssen deutlich nachlegen“, forderte er.



André Specht (CDU)



Michael Roolf (FDP)



Jörg Heydorn (SPD)



Harry Glawe (CDU)



Hans Kreher (FDP)



Stefan Köster (NPD)

Fotos: Uwe Baleski

Unterirdische Raumordnung

**Koalitionsantrag einstimmig
angenommen**

■ Das vom Bund geplante Modellprojekt zur Abscheidung und unterirdischen Speicherung des klimaschädlichen Kohlendioxids trifft auch in Mecklenburg-Vorpommern auf Widerstand. Das Verfahren sei unausgereift und trage nur dazu bei, die Nutzung fossiler Brennstoffe wie Kohle, bei der CO₂ entsteht, zu verlängern, sagten die Kritiker auf der Landtagsitzung am 14. Oktober.

„Alles geht nicht – wir müssen uns entscheiden“, mahnte der energiepolitische Sprecher der SPD-Fraktion, **Dr. Gottfried Timm**, der den Antrag der Koalitionsfraktionen in den Landtag einbrachte. Wenn Mecklenburg-Vorpommern die neuen Energien entwickeln wolle, müssten unterirdische Gesteinsschichten und Hohlräume für Erdwärmegewinnung, für Druckluftspeicher und auf absehbare Zeit auch für Erdgasspeicher reserviert bleiben. Mit der Einlagerung von CO₂ aber würde dieses „elementar wichtige wirtschaftliche Potenzial“ vernichtet. Zudem seien die Klimaschutzziele nur zu erreichen, „wenn wir den Ausstieg aus den fossilen Energieträgern beschleunigen“, betonte Timm.

„Wir müssen konsequent in erneuerbare Energien investieren, anstatt Probleme von gestern lösen zu wollen“, sagte Bauminister **Volker Schlotmann**. Er kritisierte, dass die Bundesregierung in ihrem Gesetzentwurf den Ländern keine direkte Mitsprache einräume, wo CO₂ in den Untergrund verpresst werden soll. Der Minister sprach sich dafür aus, eine unterirdische Raumordnung einzuführen. Ein entsprechender Auftrag an die Landesregierung wurde im Landtag mit großer Mehrheit beschlossen. Damit könnten die Länder selbst darüber befinden, wofür sie tiefer liegende Schichten nutzen. Schon heute werde in geeigneten Salzlagerstätten Erdgas gespeichert. Die Nutzung der klimafreundlichen Erdwärme stehe erst am Anfang. „Man muss allerdings die Realität sehen, dass Me-



Kühltürme eines Braunkohlekraftwerkes

cklenburg-Vorpommern auch sehr gute Lagerstätten für CO₂ hat“, sagte Volker Schlotmann. Doch wolle das Land nicht zum CO₂-Lager der Kohle-Länder werden. „So weit geht die Solidarität nicht.“ Niedersachsen und Schleswig-Holstein als weitere potenzielle CO₂-Lagerstätten hatten sich ähnlich geäußert.

Auch die Linksfraktion hält es nach den Worten ihrer Sprecherin für Landesentwicklung, **Regine Lück**, für notwendig, die Weichen dafür zu stellen, „was untertage in Zukunft passieren oder eben nicht passieren soll“. Deshalb werde ihre Fraktion dem Antrag zustimmen. Sie sprach sich eindeutig gegen eine CO₂-Speicherung aus. Die Technologie sei weder ausgereift noch erprobt. Außerdem könne die Lagerung des umweltschädlichen Gases eine Nutzung des Untergrundes für andere Technologien wie Druckluft und geothermische Wärmeerzeugung über lange Zeit ausschließen.

Auch der CDU-Abgeordnete **Peter Stein** sprach sich dafür aus, dass Nutzungskonflikte möglichst frühzeitig gelöst werden. Eine Untertageraumordnung dürfe aber nicht zu einer Verhinderungsplanung werden.

Dem pflichtete die FDP im Landtag bei. Deren Abgeordnete **Sigrun Reese** betonte, dass eine generelle Regelung – wie im Antrag gefordert – nötig sei. Die Diskussion darüber müsse aber ergebnisoffen und vorurteilsfrei geführt werden.

Udo Pastörs (NPD) wies darauf hin, dass Länder für ihr eigenes Raumordnungsgesetz von bundesrechtlichen Vorschriften abweichen können. Seine Fraktion lehne eine Verpressung von Kohlendioxid mit der veralteten CCS-Technologie ab. An

der Förderung erneuerbarer Energien führe kein Weg vorbei.

[Drucksache 5/3802](#)

CCS - Technologie

Mit dem sogenannten CCS-Verfahren (Carbon Dioxide Capture and Storage) wird Kohlendioxid, das bei der Kohleverbrennung frei wird, abgefangen, verflüssigt und in tiefen unterirdischen Gesteinsschichten behälterlos auf unbegrenzte Zeit gelagert (Sequestrierung). Durch die unterirdische Speicherung soll weniger CO₂ in die Atmosphäre gelangen, denn dort wirkt es als Treibhausgas. CO₂-Emissionen sind die Hauptursache der globalen Erwärmung. Momentan befindet sich die CO₂-Abscheidung und -Speicherung noch im Entwicklungsstadium, es existieren nur kleine Pilotanlagen mit geringer Kapazität. Ein Entwurf der Bundesregierung sieht vor, in einer Testphase bis 2017 zunächst die Menge des unter der Erde zu speichernden Kohlendioxids auf drei Millionen Tonnen jährlich pro Anlage zu beschränken. Noch ist völlig unklar, wo es diese Lager geben soll. Als mögliche CO₂-Lager gelten insbesondere geologische Formationen, wie ausgeräumte Erdöl- und Erdgaslagerstätten, sowie salzhaltige tiefe Grundwasserleiter (Aquifere). Auch eine Lagerung in der Tiefsee ist nicht ausgeschlossen.

Quelle: www.wikipedia.de



Foto: Jens Büttner

Tourismus in MV

Minister stellt Landestourismus-Konzeption vor

■ **Mecklenburg-Vorpommern will seinen Spitzenplatz im Tourismus in Deutschland behaupten. Dazu soll eine einheitliche Tourismusmarke aufgebaut werden, sagte Wirtschaftsminister Jürgen Seidel am 13. Oktober im Landtag. Er stellte die fortgeschriebene Landestourismuskonzeption 2010 vor.**

Angesprochen würden weiterhin vor allem deutsche Urlauber, aber auch Touristen aus dem Ostseeraum und aus China, so Wirtschaftsminister **Jürgen Seidel** im Plenum. Es gehe vor allem darum, Erstbesucher zu gewinnen, die häufig zu „Wiederholungstätern“ würden, sagte der Minister. Der Gesundheitstourismus solle mehr Gewicht erhalten, ebenso der Kinder- und Jugendtourismus, bei dem Mecklenburg-Vorpommern schon Vorreiter sei. Statt weiter in den Ausbau der Bettenzahl zu investieren, solle nun die touristische Infrastruktur gefördert werden, betonte er. Angesichts des Fachkräftemangels und unbesetzter Lehrstellen in der Tourismusbranche mahnte der Minister an, auch älteren Menschen die Chance für eine Anstellung zu geben. Der Tourismus gehört dem Minister zufolge zu den

Wachstumsbranchen des Landes. Mit einem Bruttoumsatz von rund 5,1 Milliarden Euro verdienten in dem Bereich rund 173.000 Menschen ihren Lebensunterhalt. Jedes dritte sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnis hänge direkt oder indirekt vom Tourismus ab.

Dr. Gerd Zielenkiewitz (SPD) forderte, sich bei der Werbung für den deutschen Nordosten mehr auf landestypische Produkte wie Hering aus der Ostsee zu besinnen. Der Städtetourismus kann seinen Worten nach mehr mit dem Pfund „UNESCO-Welterbe“ wuchern. Die Aufnahme in die begehrte Liste habe seiner Heimatstadt Wismar unter anderem mit rund 60 Prozent einen Spitzenplatz in der Hotelauslastung im Land beschert. Das Tourismuskonzept des Landes müsse durch Konzepte in den Regionen ergänzt werden. So fehle es an Hinweisschildern, und zu wenige Tourismusinformatoren hätten das ganze Jahr über geöffnet. Der Tourismus sei eine Wachstumsbranche im Land, sagte Links-Fraktionschef **Helmut Holter**. „Mecklenburg-Vorpommern ist ein echtes und beliebtes Reiseland“, unterstrich er. Aber die touristischen Angebote sollten alle nutzen können, ob jung oder alt, mit einem großen oder kleinen Geldbeutel. Es müsse auf „nachhaltiges Wachstum und integrierte Politik“ gesetzt werden. Die Küste sollte nicht weiter ausgebaut werden. Stattdessen muss seinen Worten nach auf Qualität gesetzt werden. „Das darf nicht zwangsläufig heißen, es wird teurer“, sagte er. „Wir brauchen

ein wettbewerbsfähiges Preis-Leistungs-Verhältnis“.

Mecklenburg-Vorpommern dürfe nicht den Fehler anderer norddeutscher Regionen wiederholen, sich auf dem erreichten hohen Niveau auszuruhen, mahnte der CDU-Abgeordnete **Mathias Löttge**, der auch Präsident des Landestourismusverbandes ist. Um die erreichte Spitzenposition zu behaupten, müsse der Tourismus kontinuierlich weiter entwickelt und beste Qualität angestrebt werden. Dies sei aber nur mit „dem besten Personal“ gewährleistet. Er forderte die Tarifpartner auf, einen „machbaren, aber auch vernünftigen Kompromiss“ zu finden.

NPD-Fraktionschef **Udo Pastörs** forderte, die Bedingungen für die Beschäftigten, insbesondere für Auszubildende, zu verbessern. Dann würden die Mitarbeiter in der Branche nicht nach Bayern und Sachsen abwandern. Dieser Aspekt spiele in der Landestourismuskonzeption keine Rolle, kritisierte er.

Der FDP-Fraktionsvorsitzende **Michael Roolf** lobte den Tourismusverband, für den die Qualität bei der Entwicklung der Urlaubsangebote im Vordergrund stehe. Die Küste ist seinen Worten nach „phantastisch“ aufgestellt. Andere Regionen, wie etwa die Kyritz-Ruppiner Heide, brauchten staatliche Hilfe. Zu Recht wird seiner Ansicht nach das Lohngefüge in der Branche beklagt. Er forderte die Gewerkschaften auf, keine überzogenen Ansprüche zu stellen, sondern einer maßvollen Erhöhung der Gehälter zuzustimmen.

[Drucksache 5/3588](#)

ÖPNV

FDP-Gesetzentwurf mehrheitlich abgelehnt

■ Die FDP-Fraktion will das Gesetz für den öffentlichen Personen-Nahverkehr in Mecklenburg-Vorpommern ändern und fordert für den ÖPNV auch mehr Geld vom Land. Die geplante Verwaltungsreform mache ein „Nachjustieren“ des bisher geltenden Gesetzes nötig, begründete **Michael Roof**, Fraktionschef der Liberalen, am 13. Oktober im Landtag einen entsprechenden Gesetzentwurf seiner Fraktion.

Die bisherigen kreisfreien Städte Greifswald, Neubrandenburg, Stralsund und Wismar sollen nach Meinung der Liberalen bis Ende 2014 für den Nahverkehr verantwortlich sein. Bislang ist geplant, den vier Städten, die mit der Reform 2011 in Kreise eingegliedert werden, bereits im Sommer 2012 die Zuständigkeit für den Nahverkehr zu entziehen und die Trägerschaft auf die neuen Kreise zu übertragen. Eine Verlängerung der Übergangszeit führt nach Überzeugung der Liberalen dazu, dass der Regional- und Stadtverkehr in den neuen Landkreisen besser koordiniert werden kann. „Neun Monate Zeit für die Abstimmung der Pläne sind zu wenig“, begründete FDP-Fraktionsvorsitzender **Michael Roof**. Außerdem forderte die FDP eine jährliche Kostenanpassungspauschale, die das



Foto: Jens Büttner

Land den Trägern des öffentlichen Personen-Nahverkehrs zahlen soll.

Verkehrsminister **Volker Schlotmann** hält den Antrag für „gut gemeint, aber daneben“. Seiner Ansicht nach ist er zum Teil überflüssig. So würden die Mittel, die das Land den Trägern des öffentlichen Nahverkehrs zur Verfügung stellt, ohnehin regelmäßig überprüft. Zum anderen werfe der Entwurf rechtliche Probleme auf. Aus Sicht des Ministers besteht kein Grund, das geltende Gesetz zu ändern.

Diese Meinung teilte **Egbert Liskow** (CDU), der ankündigte, dass seine Fraktion den Antrag ablehnen wird. Die Verflechtung des öffentlichen Personen-Nahverkehrs mit den Kreisen sei vernünftig geregelt, eine Erneuerung daher überflüssig. Er bestätigte, dass die Mittelübertragung auf die Kommunen sowieso regelmäßig überprüft wird.

Auch **Birgit Schwabs** (DIE LINKE) sieht alle rechtlichen Voraussetzungen bereits erfüllt, um nach der Kreisreform eine transparente und langfristige Planung des

ÖPNV zu garantieren. Es verwundere sie auch, dass die FDP weder im Verkehrsrat noch im Innenausschuss oder in der Enquete-Kommission ihre Schwierigkeiten mit dem Gesetz thematisiert habe. Ihre Fraktion werde der Beratung des Gesetzentwurfs in den Ausschüssen aus „guter parlamentarischer Tradition“ dennoch zustimmen. Dann könne gemeinsam diskutiert werden, und „wir alle können sicher eine Menge Neues dazulernen“, sagte sie. Seine Fraktion werde die geplante Gesetzesänderung ablehnen, sagte **Jochen Schulte** (SPD). Die Forderungen seien unnötig und würden zum Teil der Verfassung widersprechen.

Die Überweisung zur Detailberatung in die Fachausschüsse wurde nach der Debatte mit den Stimmen von SPD, CDU und NPD abgelehnt. Entsprechend der Geschäftsordnung des Landtages muss der Gesetzentwurf nach spätestens drei Monaten zur Zweiten Lesung auf die Tagesordnung der Landtagsitzung gesetzt werden.

[Drucksache 5/3811](#)

Weitere Beschlüsse des Landtages

Deregulierung und Bürokratieabbau

■ Der Landtag hat auf seiner Sitzung am 13. Oktober weitere Schritte für Deregulierung und Bürokratieabbau beschlossen. Der Gesetzentwurf, der in zweiter Lesung verabschiedet wurde, sieht vor allem Erleichterungen für die kommunale Ebene vor. So können Gemeinden, Ämter, Landkreise und Zweckverbände im Einzelfall auf Antrag von landesrechtlichen Standards befreit werden. Das Gesetz entlastet Kommunen und Landesverwaltung auch bei aufwändigen Prüfungsverfahren zum Datenschutz. Durch Änderungen im Straßen- und Wegegesetz sollen ebenfalls Verfahrensvereinfachungen erreicht werden.

[Drucksachen 5/3366 und 5/3824](#)

Hinterlegung von Geldern und Urkunden

■ In Mecklenburg-Vorpommern gilt ab Dezember 2010 ein eigenes Hinterlegungsgesetz. Der Landtag hat die Regelungen, die Bundesrecht ablösen, am 13. Oktober verabschiedet. Den Vorschriften nach können unter bestimmten Voraussetzungen zum Beispiel Geld, Wertpapiere oder Urkunden für Minderjährige, für unbekannte Erben oder auch für zu betreuende Personen beim zuständigen Amtsgericht hinterlegt werden. Das Gesetz enthält unter anderem die Bestimmungen zur Annahme, zur Verwahrung und zur Herausgabe der Wertsachen. Eine Verzinsung hinterlegten Geldes ist nicht vorgesehen.

[Drucksachen 5/3821 und 5/3379](#)



Foto: Cornelius Kettler

Neuer Datenschutzbeauftragter

■ Der Landtag hat den SPD-Abgeordneten **Reinhard Dankert** zum neuen Datenschutzbeauftragten für Mecklenburg-Vorpommern gewählt. Der 58-jährige Rostocker erhielt am 13. Oktober 42 Stimmen. Er erreichte damit im ersten Wahlgang, an dem sich 64 der 71 Abgeordneten beteiligten, die erforderliche Mehrheit von 36 Stimmen. Die SPD/CDU-Koalition, die Dankert nominiert hatte, verfügt bei Anwesenheit aller Parlamentarier über 45 Sitze. Auch die oppositionelle FDP, die sieben Abgeordnete stellt, hatte ihre Zustimmung signalisiert. Dankert nahm die Wahl an. Vor Antritt seines neuen Amtes muss er sein Landtagsmandat, das er seit 1994 innehat, niederlegen.

Der gelernte Schiffsingenieur, über viele Jahre als Parlamentarischer Geschäftsführer und Fraktionsvize im engsten Führungszirkel der SPD-Fraktion, löst Karsten Neumann ab. Dessen sechsjährige Amtszeit läuft turnusgemäß im Dezember aus. Neumann, früher Landtagsabgeordneter der Linken, war von der Linksfraktion für eine zweite Amtszeit vorgeschlagen worden. In der Abstimmung kam er auf 15 Stimmen. Das waren drei mehr als Linke an der Abstimmung teilgenommen hatten. Der Kandidat der NPD, Michael Andrejewski, bekam sechs Stimmen. Die rechtsextreme Partei stellt ebenso viele Abgeordnete.

Kostenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen

■ Ein neues Gesetz klärt, welche Kosten Kommunen tragen müssen, wenn sie eine Verletzung des Völkerrechts mit verursachen. Der Europäische Gerichtshof kann in solchen Fällen Zwangsgelder verhängen. Bislang war die Lastenverteilung zwar zwischen Bund und Ländern geklärt. Wie die Kommunen beteiligt werden sollen, war aber unklar. Der Landtag hat das sogenannte Lastentragungs-Gesetz am 13. Oktober beschlossen.

[Drucksachen 5/3789 und 5/3380](#)

Urteil gegen Udo Pastörs bestätigt

Der Vorsitzende der NPD-Fraktion im Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Udo Pastörs, ist am 19. Oktober in Saarbrücken in zweiter Instanz erneut zu einer Freiheitsstrafe von zehn Monaten auf Bewährung sowie einer Geldstrafe in Höhe von 6000 Euro verurteilt worden. Das Landgericht bestätigte damit ein Urteil des Amtsgerichts Saarbrücken vom 6. Mai 2010. Auch das Landgericht Saarbrücken sah es als erwiesen an, dass der Abgeordnete bei einer NPD-Veranstaltung in der saarländischen Landeshauptstadt im Februar 2009 gegen Juden sowie türkischstämmige Menschen gehetzt und sich damit der Volksverhetzung schuldig gemacht hat. Einer Pressemitteilung der Fraktion zufolge will Pastörs gegen das Urteil Revision einlegen.

Richtigstellung

In der 4. Ausgabe der LandtagsNachrichten 2010 wurde auf den Seiten 22 und 23 über die Jugendbegegnungstage in der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück berichtet. Dabei wurde die Präsidentin des Landtages wie folgt zitiert:

„Seit 2006 gehören dem Landtag von Mecklenburg-Vorpommern sechs Männer an, die die millionenfache Ermordung jüdischer Kinder, Frauen und Männer als „eine gute Idee“ bezeichnen, wie kürzlich der Vorsitzende der NPD-Fraktion Udo Pastörs in einer Debatte bei uns im Landtag!“

Nachdem der Abgeordnete Borrmann die Präsidentin aufgefordert hat, eine Unterlassungserklärung abzugeben, hat diese ihm mitgeteilt, dass sie bereit sei, ihre bislang auch auf ihn bezogene Äußerung ausdrücklich zurückzunehmen, wenn er sich von der Äußerung des Vorsitzenden der Fraktion der NPD Herrn Udo Pastörs distanzieren. Der Abgeordnete Borrmann hat daraufhin einen Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung vor dem Landesverfassungsgericht gestellt, mit dem er die Feststellung begehrte, dass die anlässlich der Jugendbegegnungstage in Ravensbrück getätigte Äußerung der Präsidentin nicht den Tatsachen entspreche und ihn in seinem Recht auf Achtung seines Abgeordnetenstatus sowie auf politische Chancengleichheit verletze. Seinem Eilantrag hat er eine eidesstattliche Versicherung beigefügt, in der es wörtlich heißt: „Ich sehe in der Ermordung und Tötung – und zwar unabhängig von deren quantitativer Komponente – von jüdischen Kindern, Frauen und Männern nicht nur keine „gute Idee“, sondern verurteile Völkermorde und Verbrechen gegen die Menschlichkeit ganz prinzipiell. Ich habe auch (verständlicherweise) niemals eine solche Ansicht in der Öffentlichkeit geäußert.“

Das Landesverfassungsgericht hat am 28. Oktober 2010 den Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung zurückgewiesen, weil keine Notwendigkeit eines einstweiligen verfassungsgerichtlichen Rechtsschutzes besteht.

Vor dem Hintergrund der von dem Abgeordneten Borrmann abgegebenen eidesstattlichen Versicherung erklärt die Präsidentin des Landtages, dass sie ihre in der 4. Ausgabe der LandtagsNachrichten 2010 auf Seite 22 und 23 zitierte Aussage nicht auf den Abgeordneten Borrmann bezieht.

Kritik an Sparpaket

Linksfraktion scheidet mit Forderung nach Regierungserklärung

■ DIE LINKE im Landtag Mecklenburg-Vorpommern hat auf der Parlaments-sitzung am 14. Oktober eine Regierungserklärung von Ministerpräsident Erwin Sellering zu den Auswirkungen des Sparpakets auf Mecklenburg-Vorpommern verlangt. In der Debatte erneuerte die Oppositions-Fraktion ihre Kritik an den Sparmaßnahmen des Bundes und forderte die Landesregierung auf, sich gegen Kürzungen zulasten sozial Schwacher zur Wehr zu setzen. Die geplanten Einsparungen würden vor allem Geringverdiener, Familien mit Kindern und Erwerbslose treffen. Redner anderer Fraktionen verteidigten dagegen den Finanzkurs. Der Antrag der Linken fand keine Mehrheit. LandtagsNachrichten veröffentlichen Auszüge aus der Debatte.

Birgit Schwebs, DIE LINKE:

„Das Sparpaket ist ein Kürzungspaket“

Foto: Cornelius Kettler



■ „Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Noch im November soll das so genannte Sparpaket, was eigentlich nichts anderes als ein Kürzungspaket ist, im Bundestag beschlossen werden. Der Bundeshaushalt soll fast ausschließlich über Kürzungen bei den Ausgaben saniert werden, und das Ganze nennt die Bundesregierung dann auch noch ‚Zukunftspaket‘. Dabei geht es keineswegs um die Zukunft, jedenfalls nicht um die Absicherung eines sozial und ökologisch handlungsfähigen Staates.

Harry Glawe, CDU:

*Das ist doch nicht zu glauben!
Das hält ja wohl kein Mensch aus.*

[...] Dafür zahlen aber diejenigen, die von sozialen Transfers abhängig sind, den höchsten Preis. Allein der Sozialbereich soll rund 82 Milliarden Euro im Zeitraum 2011

bis 2014 bringen. Das entspricht einem Anteil von 37 Prozent der geplanten Kürzungen, Kürzungen in den Rechtskreisen SGB II und im SGB III, Kürzungen beim Wohngeldgesetz, beim Elterngesetz und bei der Rentenversicherung.

[...] Das Sparpaket trifft also in erster Linie Geringverdienende, Familien mit Kindern, insbesondere aber Alleinerziehende, Erwerbslose, Rentnerinnen und Rentner. Verschont hingegen bleibt die Wirtschaft, verschont von Subventionskürzungen sowie von der Erhöhung von Steuern auf Gewinn- und Vermögenseinkommen [...]

Die konkreten Auswirkungen auf die Regionen – bis auf den letzten Euro ausgerechnet – finden Sie schwarz auf weiß im Atlas der Sozialkürzungen, der Ende Juli vom Paritätischen Gesamtverband vorgestellt wurde. Danach ist Mecklenburg-

Aus dem Sparpaket der Bundesregierung

Elterngeld

Die Lohnersatzleistung soll moderat gekürzt werden. Künftig werden bei einem monatlichen Nettoeinkommen über 1240 Euro nur noch 65 statt 67 Prozent als Berechnungsgrundlage genommen. Wer Arbeitslosengeld II bezieht, erhält in Zukunft kein Elterngeld mehr.

Renten- und Heizkostenzuschuss

Die Beiträge zur Rentenversicherung werden eingespart. Zudem wird der Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger gestrichen.

Einsparungen Arbeitsministerium

Zweitgrößter Spar-Posten sind nicht näher beschriebene Einsparungen im Haushalt der Bundesagentur für Arbeit.

Luftverkehrsabgabe

Für Flugpassagiere ist eine „ökologische Luftverkehrsabgabe“ geplant. Sie soll bei Abflügen von deutschen Flughäfen erhoben und nach Kriterien wie Lärm und Energieverbrauch differenziert werden.

Weitere Sparmaßnahmen Seite 16

Vorpommern nach Berlin von allen Bundesländern am stärksten und über alle Landkreise hinweg von den geplanten Kürzungen betroffen. [...]

Wir sehen es als eine Pflicht des Ministerpräsidenten, darzulegen, wie die Landesregierung zu dem Sparpaket steht, wie sie mit den Auswirkungen umzugehen gedenkt und ob es Berechnungen der Landesregierung gibt, welche Mehrkosten für das Land und die Kommunen entstehen, was die Landesregierung tun wird, damit die Investitionen in Bildung, Gesundheitswesen, Infrastruktur und ökologischen Umbau nicht abbrechen, wie sie die Belastungen der schwarz-gelben Regierung hier im Land kompensieren wird. Das ist die Landesregierung den Abgeordneten im Landtag und das ist sie den Einwohnerinnen und Einwohnern des Landes schuldig. – Herzlichen Dank.“

Rudolf Borchert, SPD:

„Wir lehnen dieses Sparpaket ab, weil es sozial ungerecht ist“



■ „Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren, [...] bereits in der Landtagssitzung vor der Sommerpause [...] haben wir ja ausführlich auf Grundlage eines Antrages der Linken bereits Stellung bezogen zum Sparpaket der Bundesregierung, haben unsere Position dadurch deutlich gemacht, und ich hatte damals schon die Gelegenheit, die Position der SPD zu vertreten. [...]

Wir lehnen dieses Sparpaket ab, weil es aus unserer Sicht sozial ungerecht ist. 37 Prozent des gesamten Sparpakets sind Sozialkürzungen, und sie werden ausschließlich getragen von Rentnern, von Langzeitarbeitslosen, von Alleinstehenden und von Geringverdienern. Reiche und Vermögende und die Wirtschaft werden gar nicht beziehungsweise völlig unzureichend an diesen Sparaktionen beteiligt. Insofern wird auch dieses Sparpaket die Schere zwischen Arm und Reich weiter verschärfen, und es hat eine deutliche soziale Schiefelage. [...]

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die SPD sieht sich allerdings in ihrer damaligen Kritik inzwischen massiv auch bestärkt, seitdem bekannt ist, welche konkreten Auswirkungen das Sparpaket auf Mecklenburg-Vorpommern haben wird, denn nach der Debatte hier im Landtag war es ja so, dass am 31. Juli dann die Studie der Paritätischen Forschungsstelle des Paritätischen Gesamtverbandes in Berlin vorgestellt wurde, wo praktisch mit einem Atlas die Sozialkürzungen der Bundesregierung regionalisiert wurden. [...]

*(Birgit Schwebs, DIE LINKE:
Ja, das ist richtig deprimierend,
was da deutlich wird.)*

Die wichtigste Erkenntnis: Mecklenburg-Vorpommern wird durch die Sozialkürzungen überproportional betroffen, das heißt von allen Bundesländern am stärksten betroffen. [...]

Die geplanten Kürzungen im Sozialbereich, die sich ja bis 2014 auf über 30 Milliarden Euro summieren, treffen also nicht nur vorrangig Alleinerziehende mit Kindern, jüngere wie ältere Langzeitarbeitslose, sondern sie wirken auch regional extrem unterschiedlich und benachteiligen vor allen Dingen strukturschwache Regionen und kreisfreie Städte im Norden und Osten der Bundesrepublik Deutschland massiv. Schwarz-Gelb schont mit den geplanten sozialen Einschnitten die wirtschaftlich starken Boomregionen, während die strukturschwachen Bundesländer noch weiter in ihrer Entwicklung benachteiligt werden. Die soziale Schiefelage dieses sogenannten Sparpaketes trifft also nicht nur viele hilfe- und förderbedürftige Menschen, sondern sie gefährdet auch das Ziel des Grundgesetzes, vergleichbare Lebensbedingungen durch gezielte Strukturhilfe des Staates anzustreben.

Mecklenburg-Vorpommern verliert von 2011 bis 2014 über 555 Millionen Euro, das heißt mehr als eine halbe Milliarde Euro, durch diese Sozialkürzungen. Diese Kürzungen betreffen ja die befristeten Zuschläge der Arbeitslosen-

geld-II-Bezieher, die Streichung der Rentenversicherungsbeiträge, die Qualifizierungsangebote für Langzeitarbeitslose, das gestrichene Elterngeld für Hartz-IV-Empfänger und die Streichung des Heizkostenzuschusses.

Noch mal zu Mecklenburg-Vorpommern: Interessant sind konkrete Zahlen für einzelne Landkreise und Gebietskörperschaften. Im Durchschnitt der vier Jahre verlieren pro Einwohner der Landkreis Uecker-Randow 107 Euro, der Landkreis Demmin 100 Euro, die Hansestadt Stralsund 99, Schwerin 99, Neubrandenburg ebenfalls und der Landkreis Güstrow 92 Euro pro Einwohner. Die Landkreise Bad Doberan, Ludwigslust haben, und das überrascht ja nicht, mit 51 beziehungsweise 58 Euro je Einwohner mit den geringsten Kürzungen zu rechnen. Also auch hier wird deutlich, dass innerhalb Mecklenburg-Vorpommerns die ohnehin schwachen Regionen und kreisfreien Städte die größten Kürzungen zu verkraften haben werden.

Und darüber hinaus sind noch weitere Belastungen für die Kommunen zu befürchten, auch wenn das jetzt hier noch nicht genau quantifiziert werden kann. Aber es ist doch völlig klar, dass die Streichungen des Heizkostenzuschusses für Wohngeldempfänger, der befristete Zuschlag auf Hartz IV sowie vor allen Dingen auch die Rentenversicherungsbeiträge für Langzeitarbeitslose beziehungsweise deren Streichung zu weiteren Kosten und Belastungen bei den Kommunen führen.

(Zuruf von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Zu diesen bisherigen bekannten Kürzungen innerhalb der Studie des Paritätischen Gesamtverbandes kommen dann noch weitere Kürzungen, die uns treffen werden, bei den Arbeitsagenturen. Wir hatten insbesondere bei der Bundesagentur für Arbeit unter dem Stichwort „Umwandlung von Pflicht- in Ermessensleistungen“ bei uns in der Fraktion die Gelegenheit, diese Woche, diesen Dienstag, Herrn Goecke zu befragen, welche Auswirkungen aus seiner Sicht die Kürzungen

bei den Agenturen auf Mecklenburg-Vorpommern haben werden. Und seine Aussage war eindeutig. Wir hatten die Aussage übrigens auch schon beim Gespräch in Neubrandenburg in der Agentur von Herrn Miraß. Beide machen also deutlich, dass wir hier massiv betroffen sein werden. Die Agenturen in Mecklenburg-Vorpommern werden im Jahr 2011 sage und schreibe 90 Millionen Euro weniger zur Verfügung haben. Das addiert sich dann in den nächsten Jahren bis 2014 auf über 400 Millionen Euro.

Die Politik der schwarz-gelben Bundesregierung bedeutet für Mecklenburg-Vorpommern durch die Kürzungen im Haushaltsbegleitgesetz, im Sparpaket und

die Kürzungen bei der Agentur insbesondere bis 2014 eine Milliarde Euro.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist eine arbeitsmarktpolitische Katastrophe und auch die Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern wird das noch zu spüren bekommen, denn diese Kürzungen bedeuten wie gesagt eine Schwächung der Kaufkraft, eine Schwächung der Binnennachfrage, und dieses Geld fehlt im regionalen Wirtschaftskreis.

Ich gebe zu, die Frage, wie reagieren wir auf einzelne Auswirkungen, das werden wir sicherlich zu einem späteren Zeitpunkt auch noch diskutieren müssen.

Ich glaube, es ist allen bekannt, seit einem längeren Zeitraum haben wir in Mecklenburg-Vorpommern eine Große Koalition von SPD und CDU. Insofern ist es völlig klar, dass wir zu diesem grundwichtigen bundespolitischen Thema und zu diesen wichtigen bundespolitischen Entscheidungen natürlich keine Regierungserklärung einer SPD-CDU-Landesregierung hier erwarten können.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr gut.)

Ich appelliere an dieser Stelle an die Bundestagsabgeordneten des Landes Mecklenburg-Vorpommern, in Berlin gegen dieses Sparpaket zu stimmen.“

Michael Roof, FDP:

„Wir profitieren vom Gesamtaufstieg in der Bundesrepublik“



■ „[...] Anhand unseres Änderungsantrages können Sie sehr deutlich sehen, dass wir [...] klar und deutlich unterstützen, dass der Ministerpräsident hier Farbe bekennt [...] nicht von spekulativen Daten, wie Herr Borchert es gerade vorgetragen hat, sondern anhand von Fakten [...] Wir meinen, dass [...] wir das im Januar 2011 machen, denn dann haben wir eine entscheidende zweite Zahl dazu, nämlich die Steuermehreinnahmen des Landes [...] Ich sage Ihnen heute schon, das Land [...] wird mehr Steuereinnahmen haben, als Sie jemals durch ein Sparpaket pro Einwohner verloren haben [...] Lassen Sie den Ministerpräsidenten einfach eine Bewertung vornehmen [...] und

vor allem, [...] dass er Vorschläge macht, wie er denn einer möglichen Fehlentwicklung gegensteuern will. [...]

Nun können wir uns [...] zwei Stunden darüber unterhalten, wer an welchem Abschwung und wer an welchem Aufschwung und wer an welcher Verschuldung Schuld hat. [...] Ich könnte jetzt sagen, dass die SPD-Bundesfinanzminister in den letzten elf Jahren 300 Milliarden Euro Bundesschulden angesammelt haben [...] In der Zeit, als Rot-Rot regiert hat in Mecklenburg-Vorpommern, haben wir [...] 125.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse verloren. [...] Herr Kollege Borchert, [...] 3,5 Prozent Wachstum werden wir erwarten im Jahre

2010. [...] Wir profitieren vom Gesamtaufstieg in der Bundesrepublik [...] am allerstärksten. Das hätte ich gerne auch von Ihnen gehört. [...]

Die Realität in Mecklenburg-Vorpommern ist doch, dass wir [...] an unserer Struktur kranken, an der Struktur der Arbeitslosigkeit [...] an der Struktur der Langzeitarbeitslosen [...] Die haben seit – wie viele Jahre sind Sie in der Regierung? –, seit 16 Jahren [...] keine Chance zur beruflichen Rückkehr.

Das ist [...] nicht Schuld irgendeiner Bundesregierung gewesen, weder der jetzigen noch der Vorgängerregierung, sondern es ist [...] die fehlende Leistungsfähigkeit im eigenen Land [...]

Diese Debatte hier heute zu führen mit der inhaltlichen Vorgabe, schon gleich gegen alles zu stimmen, weil man ja jetzt schon weiß, wie die Auswirkungen womöglich sind, ist aus unserer Sicht verkehrt. [...]

Mathias Löttge, CDU:

„Das Sparpaket ist richtig und notwendig“



■ „Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wie Sie alle wissen, beschäftigen wir uns heute in diesem Hause nicht zum ersten Mal mit dem Sparpaket der Bundesregierung. Auf Antrag der Linksfraktion hat es schon in vergangenen Sitzungen eine ausführliche Debatte zu diesem Thema gegeben. [...]

Ich darf Ihnen versichern, meine Damen und Herren der Linksfraktion, es wird Ihnen nicht gelingen, die Koalition auseinanderzuidividieren [...]

Meine Damen und Herren, das Problem ist aber auch ein grundlegendes. Mit dem Verweis auf die soziale Ungerechtigkeit des Sparpakets der Bundesregierung hat die Fraktion DIE LINKE von Anfang an ihre grundlegende Ablehnung einer effizienten Sparpolitik auf Bundesebene deutlich gemacht.

Anfangs noch dem Irrtum erlegen, dass durch das Sparpaket, ich zitiere: „die Versursacher der Krise in Verantwortung zu nehmen seien“, Zitatende, wird nun der Versuch unternommen, diese Position mit den Auswirkungen von Sparmaßnahmen im ALG-II-Bereich auf unser Bundesland zu begründen. Dabei wird von Ihnen, meine Damen und Herren der Fraktion DIE LINKE, die Notwendigkeit einer effektiven Sparpolitik nach wie vor nicht anerkannt.

Ich darf Sie nochmals nachdrücklich daran erinnern, dass die Schuldenbremse auf Bundesebene verbindlich im Grundgesetz festgeschrieben wurde, nicht nur durch Schwarz-Gelb, sondern auch durch ande-

re, sonst würde es nicht im Grundgesetz stehen. Die Bundesregierung ist also dementsprechend verpflichtet, das Haushaltsdefizit Schritt für Schritt zurückzuführen. Dass Ihnen, meine Damen und Herren von der Linkspartei, dies nicht gefällt, ändert nichts daran, dass dieser Verfassungsauftrag besteht, welcher im Übrigen auch richtig und notwendig für die Zukunft unseres Landes ist. Der Grundsatz gilt nun mal: Man kann im Leben nicht mehr ausgeben, als man vorher eingenommen hat.

Und das gilt für die Bundesregierung und für den Bund genauso wie für das Land, weil alles andere würde wahrscheinlich zu Ergebnissen führen, die dann gerade auch für Generationen nach uns zu einer unerträglichen Belastung führen. Statt aber dieses einzusehen, wird gebetsmühlenartig der Vorwurf der sozialen Ungerechtigkeit wiederholt. Dies ist augenscheinlich schon vor der ersten Veröffentlichung des Sparpakets Leitmotiv Ihrer grundsätzlichen Kritik des Sparkurses gewesen.

Meine Damen und Herren, ich darf nochmals darauf hinweisen, dass der Vorwurf einer sozialen Schieflage in Deutschland angesichts der Entwicklung der Transferleistungen in den letzten Jahrzehnten völlig überzogen ist.

Der Anteil der Sozialausgaben lag 1980 bei 16 Prozent des Bundeshaushaltes. Infolge der Wiedervereinigung erhöhte sich dieser 1990 auf 30 Prozent und heute liegen wir bei 54 Prozent. Dass angesichts dieser Zahlen beim umfassenden Sparpaket auch der Sozialbereich nicht ausge-

nommen werden kann, müsste eigentlich jedem klar sein.

Insofern ist auch die Kritik in der Antragsbegründung der Fraktion DIE LINKE, dass der Sozialbereich einen hohen Anteil der Einsparungen ausmacht, nur sehr begrenzt nachvollziehbar.

Auch die Kritik, dass andere Gruppen von den Sparmaßnahmen ausgenommen würden, trifft so nicht zu.

Über 8 Milliarden Euro des Sparpakets betreffen Maßnahmen außerhalb der Neujustierung vom Sozialgesetz. Dass Ihnen das nicht genügt, meine Damen und Herren der Linksfraktion, haben Sie deutlich gemacht, allerdings vermischen Sie bei der Diskussion immer wieder die Ausgaben- und die Einnahmeseite. Nachhaltiges Sparen setzt eine Anpassung der Ausgaben zwingend voraus.

Auch der Vorwurf, dass die Kürzungen kontraproduktiv für die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit seien, trifft nicht zu. Arbeitslosigkeit kann effektiv nur durch die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt abgesenkt werden. Transferleistungen können – und das ergibt sich schon aus Ihrer Definition heraus – diese Aufgabe nicht übernehmen. Vielmehr ist die Entwicklung des Arbeitsmarktes und die Konzentration auf die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt das richtige Mittel. Und hier befinden wir uns sowohl bundesweit als auch in unserem Land Mecklenburg-Vorpommern auf dem richtigen Weg. Mit der Absenkung der Arbeitslosenzahl auf unter 100.000 wird dies, so meine ich, auch deutlich, auch wenn diese Zahl, die wir jetzt erreicht haben, immer noch viel zu hoch ist.

Letztlich kann auch die Kritik an den Einkommenseffekten und deren wirtschaftlichen Auswirkungen aus demselben Grund nicht tragen. Es ist nicht Aufgabe von Sozialleistungen, die Kaufkraft zu erhöhen. Dies muss durch die Schaffung von Arbeitsplätzen im ersten Arbeitsmarkt mit gesichertem Einkommen geschehen. Und, meine Damen und Herren, ich wiederhole es gerne, wir befinden uns hier in Deutschland und in Mecklenburg-Vorpommern auf dem richtigen Weg.

Sie sehen also, meine Damen und Herren der Linksfraktion, dass Ihre Beispiele, mit welchen Sie die grundsätzliche Ablehnung des Sparpakets begründen wollen, in keiner Weise dafür geeignet sind.

Natürlich ist es möglich, jede Einzelmaßnahme eines Sparpaketes zu bewerten und außerhalb eines Gesamtkontextes zu kritisieren. Es liegt sicherlich auch in der Natur der Sache von Sparmaßnahmen, dass die Betroffenen mit den Einsparungen nicht einverstanden sind. Dementsprechend wird es in einer Demokratie natürlich zu Diskussionen kommen. Ich kann mich erinnern, dass das manchmal im Land Mecklenburg-Vorpommern auch so ist. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass das Sparpaket richtig und notwendig ist. Auch wenn Sparpakete nie von allen als gerecht empfunden werden, bleibt

aber aus den bereits dargestellten Gründen die Notwendigkeit bestehen, die Ausgaben des Bundeshaushaltes insgesamt zurückzuführen.

Ich kann daher [...] feststellen, dass es bei unseren schon mehrfach dargelegten Positionen bleibt. Das Sparpaket ist insgesamt für die Zukunft unseres Landes, für die Zukunft Deutschlands von größter Wichtigkeit. An dieser Erkenntnis wird auch die erneute Aufsetzung eines Antrages zum Sparpaket durch die Fraktion DIE LINKE nichts ändern, schon gar nicht ein Antrag, der dazu führen soll, durch eine Regierungserklärung zu diesem Thema die Koalition scheinbar aufzuspalten. Das wird Ihnen, wie bereits festgestellt, nicht gelingen. [...]"

Udo Pastörs, NPD:

„Der Begriff Sparpaket ist irreführend“



Foto: Corneliu Kettler

■ „Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir von der NPD-Fraktion begrüßen den Antrag [...], weil es für uns selbstverständlich ist, dass die Regierung Stellung nehmen muss zu den Auswirkungen, die aus dem sogenannten Sparpaket herrühren.

Schon allein der Begriff „Sparpaket“ ist irreführend. [...]

37 Prozent der sogenannten Kürzungen oder Einsparungen erfolgen aus dem Etat des Sozialbereiches. Wir müssen aber [...] nicht nur nach Berlin schauen, sondern auch hier die Regierung darauf hinweisen, dass [...] 10 Milliarden Verschuldung dieses Landes [...] auch bedeuten, dass

Mecklenburg-Vorpommern die höchste Pro-Kopf-Verschuldung aller Bundesländer [...] aufweist.

Und wenn man dann das auch noch mal rausrechnet, was das für eine Pro-Kopf-Verschuldung der Beschäftigten in diesem Land bedeutet, dann weiß man, lieber Herr Ministerpräsident, dass Sie sich hier vorne nicht äußern wollen, weil die Situation des Landes [...] so aussieht, dass der Handlungsspielraum und Gestaltungsspielraum [...] für die Landesregierung [...] de facto gleich null ist. Sie müssen das anspringende Wachstum als Erfolg verkaufen in Mecklenburg, übrigens das schwächste aller Bundesländer; Sie müs-

Aus dem Sparpaket der Bundesregierung

Abbau von Subventionen

Die Vergünstigungen bei der Ökosteuer für besonders energieintensive Unternehmen werden reduziert, um Mitnahmeeffekten einen Riegel vorzuschieben.

Brennelemente-Steuer

Die Atomkonzerne müssen künftig eine Brennelemente-Steuer von jährlich 2,3 Milliarden Euro zahlen. Damit will die Bundesregierung einen Teil der Zusatzgewinne der Konzerne bei längeren Atomlaufzeiten abschöpfen.

Bankensteuer

Einnahmen von jährlich rund zwei Milliarden Euro erhofft sich die Regierung von einer geplanten Bankensteuer. Diese neue Bankenabgabe soll spätestens 2012 kommen, um die Finanzmarktbranche angemessen an den Kosten der Krise zu beteiligen und Vorsorge für etwaige zukünftige Krisen zu treffen.

Weniger Stellen Beim Bund

Beim Bund sollen bis einschließlich 2014 zwischen 10.000 bis 15.000 Stellen dauerhaft abgebaut werden. Zudem sollen die Bundesbeamten 2011 auf die geplante Erhöhung des Weihnachtsgeldes verzichten.

Reduzierung der Streitkräfte

Das Verteidigungsministerium soll prüfen, welche Folgen eine deutliche Reduzierung der Streitkräfte um bis zu 40.000 Berufs- und Zeitsoldaten für die sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit Deutschlands hätte.

sen sagen, es geht aufwärts; und dabei geht es nicht aufwärts, sondern wir holen zunächst einmal [...] das [...] auf, was wir verloren haben.

[...] Es ist nichts anderes als der Versuch aufzuholen, und wir tun das in Mecklenburg-Vorpommern leider nur als Schlusslicht. Wir sind [...] Schlusslicht im Wachstum. Wir sind [...] Schlusslicht in der Bildungspolitik [...]. Wir sind Schlusslicht in der Arbeitslosenbekämpfung. Wir sind Schlusslicht im Bereich der sozialen Fürsorge [...] für die Menschen, die aufgrund Ihrer verfehlten Wirtschaftspolitik gezwungen sind, Hartz IV zu beantragen oder dieses Bundesland zu verlassen. [...]"

Helmut Holter, DIE LINKE:

„Für uns ist es eine Politik des sozialen Kahlschlags“



Foto: Cornelius Kettler

■ „[...] Wir haben ganz bewusst diesen Antrag gestellt, um so auf der einen Seite noch mal klarzustellen, wie welche Fraktion zu dem Kürzungspaket der Bundesregierung steht, und auf der anderen Seite, das will ich hier auch in aller Deutlichkeit sagen, Herrn Ministerpräsident Selingering aufzufordern, zu den Auswirkungen und zu den Maßnahmen der Landesregierung gegen dieses Sparpaket, gegen dieses Kürzungspaket und zur Abfederung der Auswirkungen in Mecklenburg-Vorpommern hier zu sprechen [...]

Die Bundesregierung stellt das Kürzungspaket unter den Titel: „Die Grundpfeiler unserer Zukunft stärken“. Herr Glawe hat gestern in der Aktuellen Stunde wiederholt betont, dass die Bundespolitik eine Politik der sozialen Gerechtigkeit ist. Für uns ist es eine Politik des sozialen Kahlschlags, und das beweist auch der Paritätische mit seinen Untersuchungen. Die Zahlen sind hier genannt worden.

*Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE*

[...] Wenn man sich das mal überlegt: Was heißt denn das eigentlich, wenn 82,28 Euro pro Einwohner und Jahr weniger im Geldbeutel der Bürgerinnen und Bürger des Landes Mecklenburg-Vorpommern sind? Im Landkreis Demmin und in Uecker-Randow sind es sogar über 100 Euro, in Uecker-Randow sogar über 107 Euro. Das hat doch ganz konkrete Auswirkungen. Nun könnte ich noch das Gesundheitspaket dazunehmen und all

die anderen Dinge, die sich direkt auf die Einkommenssituation, auf die Portemonnaies der Bürgerinnen und Bürger niederschlagen.

Und deswegen bin ich der Überzeugung, muss man sehr wohl über die Einnahmesituation sprechen. Wir müssen also nicht nur darüber reden, wie man Ausgaben kürzen kann, was Sie vermeintlich als Sparen bezeichnen, sondern – das haben wir auch mehrfach getan – wir müssen darüber reden, wie ganz konkret auch die Einnahmesituation sich verbessern kann. Und da geht es tatsächlich darum, die Verursacher zur Kasse zu bitten. Und da geht es um die Vermögenssteuer, da geht es um die Erbschaftssteuer und um andere Dinge, um tatsächlich eine Umverteilung von Reichtum zu erreichen, damit es zu sozialer Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft kommen kann.

*Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE*

Nur das ist der Weg dazu. Sie, die Bundespolitik, die schwarz-gelbe Bundespolitik, verschärft die Gegensätze und betreibt also den entsprechenden sozialen Kahlschlag, über den hier schon gesprochen wurde. Wir haben das gestern hier sehr, sehr intensiv diskutiert.

Und, Herr Ministerpräsident, Sie haben gestern in der Aktuellen Stunde zu den Fragen der Teilhabe und der Bildung für alle Kinder sehr ausführlich gesprochen. Sie haben Ihre Erwartungen an die Bundesregierung formuliert und haben auch deutlich gemacht, dass die SPD in Ver-

handlungen – da ging es ja um Zustimmung, ich habe das ja angezweifelt, dass das richtig ist, will ich bloß noch mal erinnern –, aber dass Sie ganz konkret sich dort einbringen wollen. Ich erwarte, dass Sie in Bezug auf die Kürzungspläne der Bundesregierung und die zu erwartenden Einschnitte in Mecklenburg-Vorpommern, die ja nun hier in dieser Debatte anschaulich alle dargestellt wurden, auch deutlich sagen, welche Position die Landesregierung gegenüber der Bundesregierung einnimmt. Oder wird es eine Stillhaltepolitik? Machen Sie, Herr Selingering, wie Merkel eine Politik der ruhigen Hand? [...] Schweigen Sie nicht länger zu diesen Fragen! Sprechen Sie hier vor dem Landtag

*Unruhe bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Glocke der Vizepräsidentin*

zu dem Kürzungspaket der Bundesregierung! Es ist Ihre Verantwortung. Sie sind der Ministerpräsident, Sie sind gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, gegenüber dem Hohen Haus rechenschaftspflichtig. – Danke schön.“

Anmerkung

Die Redebeiträge der Abgeordneten in der Plenardebatte am 14. Oktober 2010 wurden für den Abdruck gekürzt. Wegen der Konzentration auf den Inhalt der Reden und zugunsten der besseren Lesbarkeit wurde die Mehrzahl der Zwischenrufe weggelassen. Die gesamte Debatte im Wortlaut können Sie auf der Internetseite des Landtages nachlesen: www.landtag-mv.de (Plenarprotokollauszüge)

Antrag DIE LINKE:
Drucksache 5/3805
Änderungsantrag FDP:
Drucksache 5/3842



Öffentliche Anhörung im Bildungsausschuss zur geplanten Novellierung des Landeshochschulgesetzes am 30. September.

Foto: Cornelius Kettler

Landeshochschulgesetz

Öffentliche Anhörung im Bildungsausschuss

■ Am 8. Juli 2010 hat der Landtag den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Novellierung des Landeshochschulgesetzes in Erster Lesung behandelt und dem Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur federführend überwiesen. Im Rahmen seiner Beratungen führte der Bildungsausschuss am 30. September hierzu eine öffentliche Anhörung durch. 60 Vertreter der Hochschulleitungen, der medizinischen Fakultäten, der Ärztlichen, Kaufmännischen und Pflegedirektorate, der Studierendenschaften, der Personalräte, der Gewerkschaften und der Verbände erhielten die Möglichkeit, ihre Meinung zu der geplanten Neufassung des LHG darzulegen.

Die Hochschulen befinden sich nicht nur aufgrund des immer stärker werdenden nationalen und internationalen Wettbewerbsdrucks in ständigem Wandel. Auch die völlige Neufassung des Landeshochschulgesetzes (LHG) im Jahr 2002 hat die Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern in Bewegung versetzt. Durch den Änderungsentwurf zum LHG sollen einerseits die entstandenen Wogen geglättet und andererseits die Hochschulautonomie gestärkt sowie die Attraktivität und Anziehungskraft des Studienstandortes Mecklenburg-Vorpommern für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Studierende erhöht werden. Dafür ist vorgesehen, die Leitungsstrukturen innerhalb der Hochschulen zu professionalisieren und den Personalkörper zu flexibilisieren. Eine Öffnung für Schüler und Berufstätige wird angestrebt. Mit der Neugestaltung der Universitätsmedizin soll u.a. dem internationalen Wettbewerbsdruck Rechnung getragen werden. Grundsätzlich begrüßten die anwesenden Sachverständigen den Gesetzentwurf und das Ziel der Stärkung der Hochschulautonomie. Ebenfalls mehrheitlich befürworteten sie die Öffnung der Hochschulen im Land für beruflich Qualifizierte, wobei eine erleichterte und transparentere Anerkennung außerhalb der Hochschule erbrachter Leistungen angemahnt wurde. Die Einführung von Weiterbildungskonten sowie einer „Professur mit Schwerpunkt Lehre“ wurde fast einstimmig abgelehnt. Weitergehende finanzielle Unterstützung wurde für die Übernahme neuer Aufgaben im Bereich der Qualitätssicherung und als

Folge der Umstrukturierung der Personalkategorien gefordert. Als Problem sehen die Experten die fehlende personalrechtliche Vertretung der wissenschaftlichen Mitarbeiter und das Fehlen des Pflegedirektors im Vorstand. Zur Umstrukturierung der Universitätsmedizin ergab sich unter den Anzuhörenden kein einheitliches Bild, wobei die Einführung des Integrationsmodells dennoch mehrheitlich begrüßt wurde. Sämtliche Sachverständige der Universität Rostock sprachen sich für einen Rechtsformwechsel des Universitätsklinikums Rostock hin zur Universitätsmedizin mit Frist zum 1. Januar 2012 aus und baten den Bildungsausschuss hierfür um die Zustimmung.

[Drucksache 5/3564](#)

EU-Ausschuss der Regionen

Landesthemen im Fokus der Europäischen Union

■ Am 14. Oktober vertrat Detlef Müller, der Vorsitzende des Europa- und Rechtsausschusses im Schweriner Landtag, das Land im Rahmen einer Sitzung der Fachkommission für natürliche Ressourcen.

In St. Julians auf Malta mahnte **Detlef Müller** eine stärkere Berücksichtigung der europäischen Regionen bei der Umsetzung der EU-Gesundheitsstrategie an. „Zu unseren Aufgaben als Bundesland – als Gesundheitsland Nr. 1 – gehört es, mit für die Gesundheitsversorgung der Menschen in unserem Land zu sorgen. Ich begrüße es, dass die EU die Gesundheit europaweit zu einem Thema machen will. Doch jede europaweite Gesundheitsstrategie, die uns nicht angemessen bei der Umsetzung berücksichtigt, ist zum Scheitern verurteilt.“ Daneben stand die bessere Vermarktung lokal erzeugter Nahrungsmittel im Mittelpunkt der Sitzung. Detlef Müller: „Die EU ist gut beraten, die große regionale, kulturelle und landwirtschaftliche Vielfalt

nicht zu vernichten. Die EU sollte vielmehr dabei helfen, die regionalen Besonderheiten als Wettbewerbsvorteile auch auf überregionalen Märkten nutzbar zu machen. Eine verbesserte lokale Vermarktung darf nicht zu Lasten der Absatzchancen unserer Produkte auf anderen Märkten führen.“ Außerdem wurden Fragen des kommenden EU-Haushaltes beraten. Insbesondere spielte dabei auch die Frage eine Rolle, ob die EU eigene Steuern erheben können sollte. Bislang wird der EU-Haushalt im Wesentlichen über Zahlungen der Mitgliedstaaten finanziert, die sich am Bruttoinlandsprodukt orientieren. Detlef Müller setzte sich hier für den Erhalt der Leader-Instrumente zur Förderung des ländlichen Raumes ein.

Neues Wahlgesetz

Öffentliche Anhörung im Innenausschuss

■ **Das Wahlrecht in Mecklenburg-Vorpommern soll grundlegend reformiert werden. Ein Gesetzentwurf der Landesregierung sieht vor, die bisherigen Regelungen in einem Gesetz zusammenzufassen. Der derzeitige Regelungsumfang von insgesamt etwa 150 Paragraphen im Landes- und Kommunalwahlgesetz sowie dem Wahlprüfungsgesetz werden halbiert. Damit wird das Wahlrecht einfacher, verständlicher und bürgerfreundlicher.**

Im Plenarsaal des Landtages fand am 7. Oktober die öffentliche Anhörung zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur Neuordnung des Wahlrechts statt. Die von den Fraktionen ge-

ladenen Interessenvertreter und Fachleute stellten in ihren Stellungnahmen insbesondere die unmittelbaren Auswirkungen der Wahlrechtsreform auf die Organe der Städte und Gemeinden, die Parteien sowie die künftige Organisation der Wahlen heraus. Klaus-Michael Glaser als Vertreter des Städte- und Gemeindetages M-V präzisierte in seinen Ausführungen die Notwendigkeit der praktischen Anwendbarkeit des Wahlrechts, denn man brauche für die Durchführung der Wahlen motivierte Wahlvorstände. Deswegen habe man bei den Überlegungen immer besonders darauf geachtet, dass möglichst wenige Fehlerisiken bestehen. Als Vertreter des Landkreistages kritisierte Hans-Kurt van de Laar die Unverbindlichkeit der Erklärung eines Wahlbewerbers in Bezug auf die Unvereinbarkeit von Amt und Mandat. Van der Laar bezweifelte, ob „sogenannte Scheinkandidaturen auf diesem Wege zurückgedrängt werden können“. Der Vorschlag des ebenfalls angehörten Landesjugendringes, das aktive Wahlalter auch bei Landtagswahlen auf 16 Jahren abzusenken, belebte die Anhörung um einen weiteren Aspekt. „Wir gehen davon aus, dass durch die Landespolitik vielfältige Entscheidungen getroffen werden, die junge Menschen in ihrem weiteren Lebensweg berühren, sei es in Bildung, Ausbildung und der weiteren Perspektive eines Lebens hier im Land Mecklenburg-Vorpommern“, begründete Stephan Thiemann vom Landesjugendring seinen Vorstoß.

Abschließend resümierte der Vorsitzende des Innenausschusses **Dr. Gottfried Timm** die Ergebnisse der Anhörung: „Ich bin erstaunt, wie detailliert die Experten zu diesem Gesetzentwurf Stellung bezogen haben. Das ist eine gute Grundlage für die weiteren Beratungen, zumal es einen Grundkonsens der Demokraten zwischen Anwendern und Gesetzgeber über die Zielrichtung des überarbeiteten Wahlrechtes gibt.“

[Drucksache 5/3568](#)

Jubiläum

■ Mittlerweile zur Tradition geworden, hat der Finanzausschuss des Landtages seine 100. Sitzung in dieser Legislatur mit Torte und Kaffee gewürdigt. Bereits ab der 1. Wahlperiode haben es sich die jeweiligen Ausschussvorsitzenden nicht nehmen lassen, die Mitglieder des Ausschusses sowie die Gäste zu Beginn der 100. Beratung zu einem kleinen, ungezwungenen Beisammensein einzuladen.

1. Wahlperiode (1990 – 1994)

Ausschussvorsitzende *Sigrid Kehler (SPD)* leitete die 100. Sitzung am 5. November 1992.

2. Wahlperiode (1994 – 1998)

Stellvertretende Vorsitzende *Angelika Peters (SPD)* leitete die 100. Sitzung am 20. Februar 1997.

3. Wahlperiode (1998 – 2002)

Vorsitzender *Wolfgang Riemann (CDU)* leitete die 100. Sitzung am 16. November 2001.

4. Wahlperiode (2002 – 2006)

Vorsitzende *Angelika Gramkow (Linkspartei.PDS)* leitete die 100. Sitzung am 16. März 2006.

5. Wahlperiode (2006 – 2011)

Vorsitzende *Birgit Schwebs (DIE LINKE)* leitete die 100. Sitzung am 30. September 2010.



v.l. Ausschussvorsitzende *Birgit Schwebs*, *Rudolf Borchert* (SPD); *Michael Roof*, *FDP*; *Marc Reinhardt*, *Mathias Löttge* (beide CDU), *Stefan Köster* (NPD), *Egbert Liskow* (CDU), *Thomas Schwarz* (SPD).

Foto: Landtagsverwaltung



Foto: Uwe Balewski

Teilhabe für alle

1. Tag der Menschen mit Behinderungen im Schweriner Schloss

■ Auf Beschluss des Landtages Mecklenburg-Vorpommern fand am 28. Oktober im Schweriner Schloss erstmals ein „Tag der Menschen mit Behinderungen“ statt. 71 Delegierte aus ganz Mecklenburg-Vorpommern diskutierten über die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, Barrierefreiheit, das Persönliche Budget und die Teilhabe behinderter Menschen an einer freien Gesellschaft.

„Der erstmals stattfindende ‚Tag der Menschen mit Behinderungen‘ soll ein wichtiges Signal an Politik und Gesellschaft sein: Politik für Menschen mit Behinderungen ist kein Service für Randgruppen, sondern eine Zukunftsfrage für unsere Gesellschaft“, sagte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider in ihrem Grußwort. Zwar handele es sich um kein gewähltes Parlament, welches für die Landespolitik bindende Beschlüsse fassen könne. „Trotzdem ist es ein Forum, in dem Vertreter der Menschen mit Behinderungen den Politikern und der Öffentlichkeit im Mecklenburg-Vorpommern sagen, was sie für richtig und notwendig halten“, betonte Bretschneider. Dieser unmittelbare Austausch diene der Politik für Menschen mit Behinderung.

Die Teilnehmer diskutierten drei Leiteträge, eine Resolution sowie einen Dringlichkeitsantrag. Zum einem ging es um die Erarbeitung eines Landesplanes zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Ein zweites Themenfeld war Barrierefreiheit im Wohnungsbau, aber auch im Tourismus. Die Teilnehmer forderten u.a. die barrierefreie Ausstattung von 15 Prozent aller Wohnungen bis 2020, eine breite Auswahl an barrierefreien Hotel- und Ferienangeboten in allen Regionen des Landes sowie Zugang für Menschen mit Behinderungen zu allen Veranstaltungen. Zum Thema Bildung wurden Landtag und Landesregierung aufgefordert, allen Menschen in einem inklusiven Bildungssystem Bildung anzubieten und auch die Menschen mit Behinderungen zur Teilhabe an einer freien Gesellschaft zu befähigen. Schließlich ging es um das „Trägerübergreifende Persönliche Budget“ als Chance für ein selbstbestimmtes Leben.

In seiner Resolution forderte der 1. Tag der Menschen mit Behinderungen Landtag und Landesregierung auf, auf den Schutz und die Förderung der Menschenrechte von Menschen mit Behinderungen in allen politischen Konzepten, Landesplanungen und Programmen Einfluss zu nehmen, bestehende Gesetze entsprechend zu überarbeiten und bei der Ausarbeitung und Umsetzung von Rechtsvorschriften und Konzepten Menschen mit Behinderungen und deren Organisationen und Verbände aktiv einzubeziehen. Die Landesregierung soll dem Landtag alle zwei Jahre über die Umsetzung des Landesaktionsplanes berichten. Mit dem Dringlichkeitsantrag setzen sich die Teilnehmer dafür ein, dass die bisherigen Befreiungstatbestände für Menschen mit Behinderungen im Rahmen des 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrages erhalten bleiben.

WIR treffen uns

Unterstützer-Treffen der Demokratie-Initiative „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“

■ Mehr als 130 Unterstützer des überparteilichen Bündnisses „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ kamen am 15. Oktober im Schweriner Schloss zusammen.

Die haupt- und ehrenamtlich in Demokratie-Initiativen, Regionalzentren, Unternehmen, Gewerkschaften, Kirchen, Verbänden oder Verwaltungen wirkenden Akteure tauschten sich über ihre Erfahrungen aus, hörten verschiedene Berichte aus der Praxis und sammelten in vier Workshops („Gegen Nazis im Netz“, „Argumentation gegen Stammtischparolen“, Regionale Zeitungen erfolgreich herausbringen“, „Veranstaltungsorganisation“) neue Anregungen für demokratisches Engagement vor Ort.

Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider, Mitinitiatorin des Bündnisses, dankte den Unterstützern und forderte sie auf, im Einsatz für die Demokratie nicht nachzulassen. „Es liegt an uns, die Zukunft eigenständig zu gestalten. Dabei reicht es nicht aus, die Hände in den Schoß zu legen und zu warten und vielleicht ein bisschen zu kritisieren und zu jammern. Wir haben

die Chance, mitzumischen“, sagte sie. Die Initiative ‚WIR. Erfolg braucht Vielfalt‘ sei kein geschlossener Club, sondern offen für alle, die für Demokratie, Vielfalt und Toleranz stehen und den demokratiefeindlichen Parolen der Neonazis und Rassisten entgegenzutreten. „Mit Treffen wie dem heutigen“, so Bretschneider, „wollen wir insbesondere die zahlreichen kleinen Initiativen vor Ort unterstützen und stärken.“

www.wir-erfolg-braucht-vielfalt.de

Sanierung Schlosskirche

Schlosskirche für grundlegende Restaurierung ab Januar geschlossen

■ 2013 feiert die Schweriner Schlosskirche das 450-jährige Jubiläum ihrer Kirchweihe. Bis dahin soll der sakrale Bau inmitten des Schweriner Schlossensembles in neuem Glanz erstrahlen.

Die umfangreichen Bauarbeiten beginnen im Januar 2011. Dazu gehören die statische Sicherung konstruktiver Bauteile, die Wiederherstellung der Wandfassungen des Jahres 1863, die Restaurierung der Fenster, die Erneuerung der Elektroanlage, die Einbindung in die Sicherheitsanlagen, der Einbau einer Heizungsanlage, die Restaurierung des Kunstgutes, der Ausstattung und der Orgel sowie die Instandsetzung der Unterkirche. Die Gesamtkosten der Restaurierung betragen etwa 4.570.000 Euro.

Von Januar 2011 bis zur Fertigstellung im Jahr 2013 ist die Schlosskirche für Besucher leider nicht zugänglich. Die Gottesdienste der Schlosskirchengemeinde finden während dieser Zeit im Gemeindehaus im ehemaligen St.-Anna-Hospital statt, die ökumenischen Andachten des Landtages im historischen Pferdestall des Schlosses.

Jugendparlament in Bremen



Foto: privat

Im Rahmen der zentralen Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit fand in Bremen vom 1. bis 3. Oktober ein deutsches Jugendparlament statt. 60 junge Frauen und Männer aus allen 16 Bundesländern nahmen daran teil. Für Mecklenburg-Vorpommern waren Philip Warncke, Lisa Prange, Clemens Bolte, Oliver Märtin und Bertram Rakette (v.l.) dabei. „In den Ausschüssen Arbeit, Integration und Bildung erarbeiteten wir Resolutionen, die dann im Plenum diskutiert, geändert und abgestimmt wurden“, berichtet Lisa Prange aus Rostock. „Natürlich hoffen wir jetzt, dass unsere Forderungen auch Gehör finden“, spricht sie nicht nur für die jungen Leute aus MV.



Foto: Jörn Lehmann

Jugend im Landtag 2010



Foto: Landesjugendring

Als die Vertreter von rund 80 jungen Leuten am 11. November Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider einen bunten Strauß mit Forderungen und Vorschlägen von „Jugend im Landtag 2010“ übergaben, lagen vier arbeits- und ereignisreiche Tage hinter den Teilnehmern. Die Schüler, Azubis und Studenten aus allen Teilen des Landes hatten miteinander und mit den Abgeordneten über ihre Themen und Vorschläge diskutiert und dabei auch die Wirkungsstätte und die Arbeit der Landtagsabgeordneten kennengelernt. Eine ausführliche Berichterstattung lesen Sie in der kommenden Ausgabe der LandtagsNachrichten.

Schloss soll Welterbe werden

Gutachten zur Bewerbung auf Kolloquium vorgestellt

■ Der Dom zu Köln ist es, die Klassikerstadt Weimar sowieso. Die Hansestädte Stralsund und Wismar sind es seit 2002: Welterbe der UNESCO. Nun will auch das Schweriner Schloss auf die begehrte Liste. 33 Einträge sind bereits für Deutschland verzeichnet. Der Prachtbau des Historismus wäre ebenfalls ein würdiger Vertreter, da sich viele Experten einig.

Der Kunsthistoriker Prof. Christofer Herrmann jedenfalls bescheinigt dem Schlossensemble in einem Gutachten durchaus Erfolgsaussichten. Er stellte das gut 100-seitige Papier, das eine Grundlage für die Bewerbung sein soll, auf einem Kolloquium am 7. Oktober vor. Das Schloss mit den umliegenden Parkanlagen, dem Alten Garten mit Staatstheater und Staatlichem Museum sowie mit dem Marstall und dem Kollegiengebäude, der heutigen Staatskanzlei, hätten einen Ausnahmecharakter im internationalen Vergleich, sagte er.

Noch ist offen, ob es einen Alleinantrag über die deutsche Vorschlagsliste geben wird oder einen Gemeinschaftsantrag mit Historismus-Schlössern in anderen europäischen Ländern. Welcher Weg beschritten wird, soll im November 2011 entschieden werden, sagte Kultusminister Henry Tesch am Rande des Kolloquiums. In dem Gutachten werden Schloss Hohenzollern in Baden-Württemberg, Haut-Koenigsbourg und Pierrefonds in Frankreich, Hluboka in Tschechien, Keszthely in Ungarn, Vaduz in Liechtenstein, Franzensburg in Österreich, Bojnice in der Slowakei und Posen (Poznan) in Polen als mögliche Partner für eine Bewerbung genannt.

Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern forderte bereits im Oktober 2007 die Landesregierung auf, die Bewerbung für das Schlossensemble einzuleiten. Das Kabinett stimmte einem Vertragsentwurf zu, in dem sich Stadt und Land verpflichten, alle Anstrengungen zu unternehmen, damit das Schloss für das Weltkulturerbe vorgeschlagen wird. Die Vereinbarung, die inzwischen besiegelt ist, sieht auch vor, dass sich das Land zur Hälfte an den Kosten der bis zu 400.000 Euro teuren Bewerbung beteiligt. In der Landeshauptstadt gibt es bereits seit rund zehn Jahren Bestrebungen, das Schloss auf die prestigeträchtige Liste setzen zu lassen. Nach Ansicht der Schweriner Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow lohnt sich die Investition. Erhofft sie sich doch damit weiteren Schwung für den Tourismus. Das Schloss sei inzwischen zu einem Wahrzeichen des ganzen Landes geworden.

Doch die von der Weltkulturorganisation gesetzten Hürden für eine Bewerbung sind hoch und die Konkurrenz hart, um überhaupt erst einmal auf die deutsche Vorschlagsliste zu kommen. Auf dieser warten nach Auskunft der deutschen UNESCO-Kommission in Bonn bereits ein gutes Dutzend Bewerbungen. Deutschland kann in der Regel pro Jahr eine weitermelden. Deshalb soll die Bewerbung nach dem Willen von Land und Stadt gut vorbereitet werden. Prof. Herrmann weist in seinem



Foto: Cornelius Kettler

Prof. Christofer Herrmann (l.) und Landtags-Vizepräsident Andreas Bluhm mit dem Gutachten zum Schweriner Schloss.

Gutachten auch auf mögliche Knackpunkte hin. Der außergewöhnliche kulturelle und historische Wert des Ensembles könne nicht nur behauptet, sondern müsse besser erforscht und dargestellt werden, mahnt er. Defizite gebe es bei den Gebäuden im Schlossumfeld. Weiter sei eine Ausstellung zu Geschichte und Bedeutung des Schlosses und seines Umfeldes nötig, da die UNESCO bei den Welterbestätten großen Wert auf den Bildungsaspekt lege. Im Schloss selbst fehlten Präsentationen zur gesamten Schlossgeschichte von der slawischen Zeit bis zur Gegenwart. Kritische Fragen, so heißt es in seinem Gutachten, könnte es auch in Hinsicht auf eine mögliche Übernutzung des Schlosses geben, da der Landtag immer mehr Platz beanspruche.

Andererseits trägt der Landtag, der 1990 in den Herzogsitz zog, wesentlich zur Sanierung bei. Seit 1990 hat das Land rund 110 Millionen Euro für das Schloss ausgegeben. Rund 28 Millionen für die Räumlichkeiten des Landtags und 63 Millionen Euro für die Erhaltung des altherwürdigen Bauwerks. Bis 2014 soll die denkmalgerechte Grundsanierung abgeschlossen sein. Das Schloss und der größte Teil der umliegenden Gartenanlagen sind im Besitz des Landes. Vor gut 150 Jahren wurde es in seiner heutigen Gestalt eingeweiht, Vorgängerbauten sind jedoch wesentlich älter. Frühestens 2017, so meinen Experten, könnte das Ziel erreicht und das Schloss als UNESCO-Welterbe geadelt sein.

UNESCO-Welterbe

Den Anstoß zur Schaffung der Welterbekonvention gab der Aufruf der UNESCO vom 8. März 1960, die durch den Bau des Assuan-Staudammes vom Nil bedrohten Denkmale in Nubien für die Nachwelt zu retten. Die Tempel von Abu Simbel und Philae wurden abgetragen und ca. 180 m landeinwärts an einer ca. 64 m höher gelegenen Stelle wieder aufgebaut. Insgesamt umfasst die UNESCO-Liste des Welterbes zurzeit 911 Denkmäler in 151 Ländern. Davon sind 704 als Kulturdenkmäler und 180 als Naturdenkmäler gelistet, weitere 27 Denkmäler werden sowohl als Kultur- als auch als Naturerbe geführt.

Der Liste des Welterbes liegt das Übereinkommen zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt (Welterbekonvention) zugrunde. Es wurde am 16. November 1972 in Paris verabschiedet und trat am 17. Dezember 1975 in Kraft. Leitidee der Welterbekonvention ist die Erwägung, dass Teile des Kultur- oder Naturerbes von außergewöhnlicher Bedeutung sind und daher als Bestandteil des Welterbes der ganzen Menschheit erhalten werden müssen.

Markenzeichen des Landes

Interview mit Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider zur Bewerbung des Schweriner Schlosses um die Anerkennung als UNESCO-Welterbe

■ **Frau Landtagspräsidentin, was verbinden Sie mit einer Bewerbung um die Aufnahme des Schweriner Schlossensembles in die UNESCO-Welterbeliste?**

Sylvia Bretschneider: Schon jetzt ist das Schweriner Schloss ein Markenzeichen unseres Landes und ein echter Tourismusmagnet. Der Welterbestatus würde die Bedeutung des Schlosses und seiner unmittelbaren Umgebung insbesondere für den Tourismus im ganzen Land potenzieren. Das zeigen die Erfahrungen aus Stralsund und Wismar.

■ **Was macht das Schlossensemble so besonders und damit eine Bewerbung Erfolg versprechend?**

Sylvia Bretschneider: Das Schloss kann eine tausendjährige kontinuierliche Tradition als Herrschafts- und Regierungssitz vorweisen. Heute ist es Sitz eines demokratisch gewählten Parlaments. Eine solche durchgängige Funktionskontinuität ist einzigartig in Deutschland und sogar in ganz Europa nur sehr selten anzutreffen. Diese Kontinuität ist auch für die Zukunft gesichert, weil das Schloss als Sitz des Landtags in unserer Verfassung festgeschrieben ist. Ein im Auftrag der Stadt Schwerin erstelltes Gutachten sagt aus, dass gerade diese durchgängige Nutzung eines erhalten gebliebenen und außergewöhnlichen



Historische Ansicht von 1857

Gebäudes des Historismus ein Pfund darstellt, mit dem wir wuchern können. In Verbindung mit dem Alten Garten und den dort befindlichen Gebäuden ist das einmalig.

■ **In dem Gutachten findet sich aber auch eine Passage, nach der eine mögliche Übernutzung des Schlosses durch den Landtag eine Bewerbung erschweren könne.**

Sylvia Bretschneider: Der Landtag erschwert die Bewerbung nicht, sondern er ermöglicht die Bewerbung erst. Ohne den Landtag gäbe es diese Kontinuität des Schlosses als politisches Zentrum der Region nicht. Außerdem hat nur die Nutzung durch den Landtag die dringend notwendige Sanierung ermöglicht. Der heutige Zustand des Hauses, von dem alle Nutzer profitieren, ist die entscheidende Voraussetzung für die geplante Bewerbung. Und saniert wird weiterhin, vor allem in den nicht vom Landtag genutzten Bereichen: Aktuell zum Beispiel der Weinlaubsaal und die Silberkammer, die nach Abschluss der Arbeiten dem Schlossmuseum zur Nutzung übergeben werden. Auch im Bereich der Schlosskirche beginnen im Januar umfangreiche Restaurierungsarbeiten.



Foto: Jörn Lehmann



Foto: Stefan Janssen

(Adressfeld für Abonnenten)

Am 6. Oktober folgte der Botschafter des Königreichs Belgien, S. E. Mark J. L. Geleyn, einer Einladung des Rechts- und Europaausschusses des Landtages in das Schweriner Schloss. Hier berichtete er den Abgeordneten über Arbeitsschwerpunkte und Themen, mit denen die Europäische Union während des belgischen Ratsvorsitzes im Ministerrat befasst ist. Vorab fand ein Arbeitsgespräch statt, an dem neben dem Vorsitzenden des Europa- und Rechtsausschusses Detlef Müller auch Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider teilnahm.

Anfang Oktober weilten Vertreter der chinesischen Provinz Fujiang, darunter die Vizegouverneurin, der Gesundheitsminister und der Präsident der Universität für traditionelle chinesische Medizin, zu einem Studienaufenthalt in Mecklenburg-Vorpommern. Beim Besuch der Insel Rügen informierten sich die Gäste über die Erfahrungen, die die Rügauer seit der politischen Wende insbesondere bei der Entwicklung der Infrastruktur, des Tourismus und der Gesundheitswirtschaft gemacht haben. Zum Besuchsprogramm in M-V gehörte auch eine Stippvisite im Schweriner Schloss am 6. Oktober, bei der die Delegation von Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider begrüßt wurde. Bei einem Rundgang gewannen die Besucher einen Eindruck von der Schönheit des einstigen Herzogsdomizils und heutigen Parlamentssitzes.

Foto: Claudia Richter



Foto: Claudia Richter



Foto: Stefan Janssen



Am 13. Oktober begrüßte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider drei neue Azubis in der Landtagsverwaltung: Wiepke Preuschoft aus Rostock und Jacqueline Saß aus Schwerin begannen am 1. September ihre Ausbildung zur Kauffrau für Bürokommunikation, Michael Neumann aus Neubukow wird im Landtag zum Gärtner ausgebildet. Bei dem Treffen dabei waren auch die vier jungen Leute, die seit September ein Freiwilliges Soziales Jahr in der Landtagsverwaltung absolvieren.

v.l. Klara Laux (FSJ), Wiepke Preuschoft, Jacqueline Saß, Michael Neumann (alle Azubis), Clemens Bolte, Philipp Mittag (beide FSJ), Sylvia Bretschneider, Lisa Eichhorst (FSJ).

Den traditionellen Handwerksgruß überbrachten Zimmermann Ole und Steinhauerin Hildegard dem Landtag am 6. Oktober. Als zünftige Gesellen haben sich beide nach Abschluss ihrer Lehre auf die Walz begeben, die traditionell mindestens zwei bzw. drei Jahre und einen Tag andauert. Während der Walz sollen die Gesellen neue Arbeitspraktiken erlernen, Lebenserfahrung sammeln und fremde Orte, Regionen und Länder kennenlernen. In Deutschland beläuft sich die Zahl der sogenannten „Tippelbrüder“ für das Jahr 2010 auf ca. 450.